

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaaltene Zeile oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 264.

Mittwoch, den 10. November 1920.

27. Jahrg.

## Sparfamkeit und Arbeit.

Von Hermann Moltenbühr.

Ist irgend ein Mensch von einer bössartigen Krankheit befallen, dann fehlt es nicht an Ratgebern, die Heilmittel empfehlen, von denen sie behaupten, daß sie sicher Heilung bringen. Werden die empfohlenen Heilmittel näher untersucht, dann sind sie im besten Falle harmlos, in den meisten Fällen aber solcher Art, daß sie den Zustand verschlimmern. Ähnlich wie einem solchen Kranken geht es dem Wirtschaftsleben, das durch den Weltkrieg in einen Trümmerhaufen verwandelt ist. Am schlimmsten leidet Europa, das in Schuldnechtschaft von Amerika gekommen ist. Man schätzt die Forderungen, die amerikanische Kapitalisten in Europa haben, auf mehr als 100 Milliarden Dollars, das wäre nach dem heutigen Dollarkurs 7600 Milliarden Mark. Trotz dieses märchenhaften Reichtums leidet auch die amerikanische Arbeiterklasse unter den Folgen des Krieges, an Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit mit all den schrecklichen Folgen.

Schlimmer als den Amerikanern geht es den Arbeitern in Europa, und hier wieder haben die Arbeiter in den besiegten Staaten, in Deutschland, in Oesterreich und in Rußland mit der größten Not zu kämpfen. Da wird uns nun von allen Seiten als Heilmittel angepriesen: „Sparfamkeit und Arbeit.“ Das waren die Worte, in denen der Reichsfinanzminister seinen wirtschaftlichen Programms zusammenfaßte. Wehlich klingt es auch bei allen bürgerlichen Parteien und in allen Ländern. Da kann man mit Goethes Faust sagen:

Entbehren sollst du! Sollst entbehren!  
Das ist der ewige Gesang,  
Der jedem in die Ohren klingt,  
Den unser ganzes Leben lang  
Uns heiser jede Stunde singt.

Die honette bürgerliche Sparfamkeit wird bald als Tugend, bald als wirtschaftliches Heilmittel angepriesen. Wäre Sparfamkeit, also geringer Verbrauch, eine Tugend, dann wäre die Zivilisation das große Laster. Denn die Zivilisation ist doch darauf gerichtet, dem Menschen höhere Lebensgenüsse zu verschaffen. Die vandalischen Zerstörungen des Krieges haben es dahin gebracht, daß die Arbeiter in der ganzen Kulturwelt in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt wurden. Überall ist Mangel an Nahrung, Kleidung und Wohnungen. Das Geld ist in seiner Kaufkraft herabgedrückt, und Löhne und Gehälter sind weniger gestiegen als die Preise der notwendigen Bedarfsartikel. So entsteht die widerspruchsvolle Situation. Es fehlt an allen Ecken und Enden an Gebrauchsgegenständen, und die Arbeiter, die mit ihrer Kraft und Geschicklichkeit den Mangel beseitigen könnten, sind arbeitslos. In solcher Zeit Sparfamkeit predigen, ist ein Unding, denn jede Sparfamkeit, also Verminderung des Verbrauchs, vermehrt die Arbeitslosigkeit. Jede Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiter vermindert die Leistungsfähigkeit.

Die Theorie der gesteigerten Arbeit und Verminderung des Verbrauchs führte Mitte der sechziger Jahre zu einer interessanten Auseinandersetzung zwischen Lujjo Brentano und dem Finanzminister Camphausen. Als die Gründerperiode zusammenbrach und eine große Wirtschaftskrise begann, da führte Camphausen im Reichstage aus: „Gegen die Schwierigkeiten der heutigen Lage gibt es nur ein gesundes Rettungsmittel, nämlich daß Deutschland wohlfeiler produzieren lernt, daß man sparsamer, fleißiger, wirtschaftlicher wird. (Lebhafte Zustimmung.)“ Du gehört vor allem eine andere Regulierung der Arbeitslöhne, man wird die Anforderungen an die Arbeiter steigern, aber die Löhne nicht erhöhen, sondern erniedrigen müssen!“

Gegen diese Ausführungen wandte sich Brentano in einem Aufsatz in „Schmollers Jahrbuch“, den er später erweiterte und als besondere Schrift unter dem Titel: „Ueber das Verhältnis von Arbeitslohn und Arbeitszeit zur Arbeitsleistung“, erscheinen ließ. In dieser Schrift wies er nach, daß lange Arbeitszeit bei niedrigem Lohn die teuerste Arbeit ist, und umgekehrt, steigender Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeit verbilligt. Gute Ernährung und etwas Lebensgenuß steigert die Leistungsfähigkeit der Arbeiter. Will man die Arbeitsleistung steigern, und dieses allein wird nur helfen können, dann muß man die Lebenshaltung der Arbeiter verbessern.

Wie sehr Brentano recht hatte, das hat die Entwicklung der Industrie bewiesen. Den Arbeitern gelang es durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen, den Lohn zu steigern und die Arbeitszeit zu verkürzen, und die deutsche Industrie hüfte nicht allein nichts von ihrer Konkurrenzfähigkeit ein, sondern sie wurde der gewaltige Machtfaktor in der Weltwirtschaft. Nebenbei wurde mit der Steigerung der Konsumfähigkeit der Arbeiter der Industrie große Absatzgebiete erobert.

Es ist ein Fehler in der Denkweise, wenn man annimmt, daß der Hauptabnehmer im Auslande gesucht werden muß. Der Anteil des Außenhandels an unserer Produktion wird in der Regel gewaltig überschätzt. Große Gewerbegruppen wie z. B. das Baugewerbe, Reinigung, Gast- und Schankwirtschaft, Straßenbahn, Gas- und Wasserversorgung usw. kommen für die Ausfuhr gar nicht, andere, wie die Gruppe

der Nahrungs- und Genussmittel, Bekleidungsindustrie usw. nur mit ganz geringen Mengen in Betracht, und selbst die großen Ausfuhrindustrien kommen nur mit einem kleinen Bruchteil ihrer Produktion für die Ausfuhr in Betracht. So exportierte das Textilgewerbe 1913 für 953 551 000 Mark. Wenn man annimmt, daß von je 100 Kilo verarbeiteter Rohstoffe 80 Kilo fertige Waren hergestellt werden, dann sind 1913 in Deutschland 8 891 673 Doppelzentner Textilwaren hergestellt. Von diesen wurden 1 254 297 Doppelzentner, also 14,1 Prozent, ausgeführt und 85 Prozent im Inlande verbraucht. Wehlich ist der Anteil der Ausfuhr an der Produktion bei anderen großen Ausfuhrindustrien. Gewiß müssen Waren ausgeführt werden, um die Rohstoffe sowie Nahrungs- und Genussmittel, die wir vom Auslande beziehen müssen, bezahlen zu können, in der Hauptsache aber müssen wir den Inlandmarkt stärken. Dieses kann nur geschehen, wenn die Konsumfähigkeit der Arbeiter gesteigert wird.

Wenn man heute den Kleinverkaufspreis der Waren feststellt und ermittelt, wie hoch der in den Waren stehende Arbeitslohn ist, dann wird man in der Regel zu dem Ergebnis kommen, daß der prozentuale Anteil des Arbeitslohnes an dem Warenpreis gesunken ist. Gestiegen sind die Händlergewinne der Rohstoffhändler, die Bankzinsen für den Bankkredit der Händler und Fabrikanten, die Händlergewinne beim Handel mit fertigen Produkten usw. Hier ist der Hebel anzusetzen. Es sind Organisationen zu schaffen, durch welche der Rohstoff vom Erzeuger oder Importeur möglichst direkt an den Verarbeiter getragen wird und die Fertigprodukte mit wenig Unkosten und Zwischengewinnen an den Verbraucher. Kommen alle unnötigen Verzweigungen in Wegfall, dann steigt der Konsum und damit die Produktion. Soll das an Wohnungen, Kleibern und Nahrungsmitteln geschehen, wofür dringender Bedarf vorhanden ist, dann wird mit einem Schlage die Arbeitslosigkeit verschwinden sein, denn die vorhandenen Arbeitskräfte werden nicht reichen, um die Gegenstände zu schaffen, die dringend benötigt werden.

Aus dem Programm der Bürgerlichen sollte man das Wort Sparfamkeit streichen, denn die große Masse des Volkes muß oft das Notwendigste entbehren. Arbeiten, das sollte die alleinige Lösung sein. Man wird aber nicht mit den Mitteln der kapitalistischen Gesellschaftsordnung das Ziel erreichen. Man wird erst dann zum wirklichen Aufbau des Wirtschaftslebens kommen, wenn man Mittel anwendet, die in ihrer Durchführbarkeit der sozialistischen Produktion die Wege ebnen.

## Der gefesselte Riese.

Man schreibt uns aus Berlin:

Das sozialistische Berlin, das am 20. Juni 1920 aus der Wahlurne stieg, hat seit der ersten Stunde seines Bestehens ungeheure Schwierigkeiten zu bekämpfen. Zuerst war es das Bürgerertum, das mit dem Wahlausfall ganz und gar nicht zufrieden und entschlossen war, ihn zu revidieren. Es ist ihm denn auch endlich geglückt, das eben beschlossene Gesetz über die Stadtgemeinde Groß-Berlin durch Landtagsbeschluss abzuändern und die Abstimmung vom 20. Juni einigermaßen illusorisch zu machen.

Dieser Kampf des Bürgerertums gegen das sozialistische Gemeinwesen sollte, so mühte man wenigstens glauben, der Arbeiterschaft gezeigt haben, wie groß die Macht ihrer Gegner ist, und wie sehr sie alle Kräfte anzupressen hat, um Berlin weiterhin als Hochburg der sozialistischen Parteien zu erhalten, und um der Welt zu zeigen, daß es auch in dieser zusammengebrochenen Wirtschaft möglich ist, Berlin sozialistisch zu verwalten. Vor allen Dingen dürfte man diese Kraftanstrengung von der Arbeiterschaft der Stadt Berlin selbst erwarten. Diese Hoffnung ist leider schändlich gescheitert. Gleich bei der ersten Gelegenheit hat ein großer Teil der Gemeindeglieder bewiesen, daß er für sozialistische Ideen noch nicht reif ist und sich der Größe seiner Aufgabe noch nicht bewußt ist.

Es soll hier nicht darüber gestritten werden, ob die Forderungen der Berliner Gemeindeglieder berechtigt oder unberechtigt sind. Das Verhalten der Elektricitätsarbeiter aber, die schnurstracks den Streik erklärten, ihre Werke verließen, und das ganze Betriebe der Weststadt mit einem Schlage stilllegten, schlägt nicht nur allen gewerkschaftlichen Traditionen ins Gesicht, sondern ist zugleich auch ein Verrat am sozialistischen Berlin. Man hätte, ehe man zum Streik griff, zunächst einmal, wie das in der Gewerkschaftsbewegung üblich ist, alle anderen Mittel erschöpfen und dann nach einer Abstimmung erst handeln dürfen. Das hat man nicht getan. Man hat der Parole unverantwortlicher kommunistischer Heizer, unter denen sich besonders der berühmte Herr Solt, ein Kommunist vom reinsten Wasser, befand, Folge geleistet. Dadurch hat man nach dem Wunsch der Kommunisten dem 7. November, dem Jahrestag der russischen Revolution, ein „würdiges“ Gepräge gegeben.

Die Folgen dieses Streikes sind unabsehbar. Ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Schäden, die Berlin erlitten hat und noch leidet, hat die Arbeiterbewegung und der sozialistische Gedanke einen unerhört schweren Schlag erhalten von Leuten, die sicherlich vor zwei Jahren zum großen Teil vor dem Wort Revolution noch gezittert haben und vielleicht als kleine-Gewerkschaftler dabein fröhlichen. Wenn wir Sozialisten und freie-Gewerkschaftler schon fordern, daß man dem Kapitalisten gegenüber alle die Mittel erschöpft, die einen Streik unnötig machen, und diesen selbst erst

als das letzte, äußerste Mittel anwendet, so muß das gegenüber einem sozialistisch regierten Gemeinwesen eine glatte Selbstverständlichkeit sein. Die Arbeiterschaft einer sozialistischen Gemeinde muß die Ueberzeugung haben, daß ihre Vertreter in der Verwaltung alles tun werden, um ihren Forderungen gerecht zu werden. Auf der anderen Seite aber haben sie in noch höherem Maße dafür zu sorgen, daß der Allgemeinheit ihr Recht nicht verläßt wird. Wir sind in Deutschland noch nicht soweit, wie in Rußland, wo beispielsweise die Angestellten der Zintenstation einhalb 5 Millionen Rubel verlangen, und wo Tischlerin diese Summe bewilligt, um den Streik zu verhindern, ohne danach zu fragen, ob die Schuldenlast des Staates größer wird. Die Arbeiterschaft Deutschlands muß davon überzeugt sein, daß, wenn ihre erwählten Vertreter ihnen nach reichlicher Ueberlegung erlauben, daß ihre Forderungen ohne eine große Schädigung der Allgemeinheit nicht durchführbar sind, sie damit gar nichts anderes als das Interesse des ganzen Volkes, dem sie zu dienen haben, gerecht werden. Es geht nicht an, daß auf Grund solchen Entschlusses ein Teil der Arbeiter, der zufällig die Hand an der Gurgel des Staates oder der Stadt hat, unter allen Umständen verläßt, die Forderungen durchzusetzen. Das ist überliste Erpressertaktik, die die Arbeiterschaft und ihre große Gesamtheit abseht.

Es wird höchste Zeit, daß auch die Berliner Arbeiterschaft endlich wieder einmal zur Vernunft zurückkehrt und nicht alle Augenblicke unter Leitung von kommunistischen Hezoposteln dazu übergeht, durch die Fesselung des sozialistischen Riesen Berlin ihre Absichten zu verwirklichen. Sie sollten sich daran erinnern, daß sie zwar durch diese Politik selbst persönliche Vorteile erringen können, daß sie aber der sozialistischen Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit einen nicht wieder gutzumachenden Schaden verursachen.

II. Berlin, 10. November. Die gestern morgen begangenen Einigungsverhandlungen zwischen dem Berliner Magistrat und den städtischen Elektricitätsarbeitern haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Der Berliner Magistrat wird sich heute aufs Neue mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Die Versammlung der Vertrauensleute, die über den Streik Dienstag entscheiden sollte, ist außerordentlich stürmisch, aber sonstgebnislos verlaufen. Alle an derben Organisationsvertreter wurden niedergeschrien. Der ergebnislose Versammlungsverlauf machte die Einberufung einer neuen Konferenz notwendig, die Mittwoch stattfinden soll. Anschließend hieran wird eine allgemeine Sitzung der Berliner Gesamtbetriebsräte abgehalten werden, die einen endgültigen Beschluß fassen soll. Nach den bisherigen Erfahrungen ist zu erwarten, daß in den kommenden Auseinandersetzungen die kommunistischen Elemente auch weiterhin mit der Methode der Störung arbeiten werden. Sollte das der Fall sein, so wird, wie von unternichteter Seite mitgeteilt wird, die Reichsregierung mit dem vollkommenen Einverständnis der preussischen Regierung Maßnahmen ergreifen, um dem augenblicklichen Zustande, der nicht im geringsten von dem übergroßen Teile der Berliner Arbeiter gebilligt wird, abzuhelfen. Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung sind um so mehr zu scharfen Maßnahmen entschlossen, als der Berliner Streik bereits seine außenpolitischen Folgen merken läßt, zumal auch in Bayern neue Separatistenbestrebungen im Gange sind, denen die Berliner Verhältnisse besonders gelegen kommen. — Bereits in diesen Tagen kursierte in Berlin das Gerücht, daß die Regierung den Belagerungszustand verhängen würde. Gestützt auf die Vernunft des übergroßen Teiles der Arbeiter konnte die Verwirklichung dieses Gerüchtes bisher unterbleiben. Sollte es jedoch dem Radikalismus eines winzigen Teiles der Arbeiter in den kommenden Versammlungen abermals gelingen, einen Beschluß zu verhindern, so kann die Regierung mit denselben Gründen, die sie bisher an scharfen Maßnahmen hinderte, Pläne verwirklichen, die der Berliner Bevölkerung und dem Deutschen Reiche zum Nutzen gereichen.

## Unsere Lebensmittelversorgung.

Der Hauptausfluß des Reichstages letzte Dienstag seine Beratungen beim Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fort. Minister Hermes berichtete über keine Ernährungspolitik. Die Zwangswirtschaft mußte aufgehoben werden, da sie zum guten Teile nur noch auf dem Papier stand, und um die großen Vorteile der freien Wirtschaft für uns nutzbar zu machen. Das Bild, das die Getreideablieferung betet, ist überaus unerfreulich. Die Ablieferung ist in letzter Zeit zurückgegangen. Die Landwirte müssen ihrer Ablieferungspflicht stärker nachkommen. Von der vorgezeichneten Einfuhr von 2,5 Millionen Tonnen Auslandsgetreide, einschließlich Strohgetreide, sind heute bereits gekauft 902 000 Tonnen, so daß noch 1,6 Millionen Tonnen im Auslande zu kaufen sind. Der Gesamtbestand der Reichsgetreidebestände bezifferte sich am 30. Oktober auf 363 000 Tonnen. Die Kommunalverbände sind bis zum 15. November versorgt. Für die Zeit vom 16. November bis 15. Dezember sind bereits 100 000 Tonnen überwiesen. Unter Zugrundelegung eines inländischen Tageseinkanges von 2000 Tonnen und eines Tageseinkanges an ausländischem Getreide von 10 000 Tonnen würde sich am 31. Dezember ein Bestand von 950 000 Tonnen ergeben. Die reine Brotversorgung wäre dann bis Mitte März gewährleistet. Der Minister gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Verbilligung des Reiches für Brot einweisen ausgeführt werden müsse. Bezüglich der Weizenzufuhr teilt er mit, daß seit der Freigabe im September und Oktober 30 000 Tonnen eingeführt sind. Im Sommer ist der Versuch gemacht worden, an der Weizenzufuhr den Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte zugrunde liegenden Plan der vertraglichen Schweinemast zu verwirklichen. Aber

Die hohen Preise machten diese Schweinezucht im großen unrentabel. Es soll eine Abgabe von verbilligtem Mais erfolgen, wofür dann Schweine zu verbilligten Preisen geliefert werden müssen.

Der Minister ging dann auf die Devisen- und Margarineverhältnisse ein. Die trostlose Lage in der Getreideversorgung zwang dazu, die Käufe für die Margarineherstellung und die vorhandenen Devisen zum Ankauf von Getreide zu verwenden. Die Schwierigkeiten sind jetzt wesentlich überwunden. Der Minister wies dabei den Vorwurf zurück, daß die Freigabe der Devisen zu schnell erfolgt sei. Der Minister erörterte weiter die Frage der Fleischversorgung und erklärte bezüglich des Zuckers, daß die Bewirtschaftung beibehalten werden müsse. Bezüglich der Dünge- mittel bezeichnete er es als einen unerträglichen Zustand, daß große Läger vorhanden, aber die Wecker leer seien. Eine einfache Verbilligung sei nicht möglich, man müsse beim Stiefstoff ähnlich wie beim Kaffee die Gewinne der Ausfuhr für eine Verbilligung des Inlandspreises benutzen. Auch ein anderer Verteilungsmodus sei ins Auge zu fassen, ebenso ein stärkeres Heranziehen des Handels. Des weiteren behandelte der Minister die Frage des Grenzschutzes. Es ziehen Banden an die holländische Grenze, die zum Teil mit Waffengewalt auftreten. Die Rheinlandkommission hat sich deshalb mit der Bewaffnung von 75 Mann mit Karabinern und Revolvern einverstanden erklärt, die Kolonnenweise zur Unterstützung der eigentlichen Grenzkontrolle herangezogen werden. Ware, die ohne Einfuhrbewilligung eingeführt wird, wird ohne Entschädigung für verfallen erklärt. Ueber verschärfte Strafbestimmungen für unerlaubte Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände schweben Verhandlungen, die unmittelbar vor dem Abschluß stehen. Es sei nicht richtig, daß die Devisenbeschaffungsstelle umgangen oder ausgeklübelt worden ist. Es ist die Einrichtung getroffen worden, daß die einzelnen Reichsstellen allwöchentlich an einer im Reichsministerium stattfindenden Sitzung, an der regelmäßig mehrere Personen der Devisenbeschaffungsstelle teilnehmen, ihre Anforderungen anmelden. Die Devisenbeschaffungsstelle ist also aufs genaueste über den Devisenbedarf für Ernährungszwecke unterrichtet. Eine Einfuhrbewilligung für Schokolade wird grundsätzlich nicht erteilt, da im Interesse der Beschäftigung unserer Industrie die Einfuhr von Fertigfabrikaten aus Kakaobohnen unterbunden worden ist. Die in den Geschäften vorhandene Schokolade rührt aus Beständen her, die über das Reich im Westen in das besetzte Gebiet und von dort nach Deutschland gelangt sind.

Dr. Meißner (Z.) billigte die vorgeschlagenen Zwangsmaßnahmen gegen die ungenügende Getreideablieferung, meinte aber, daß man dabei den Rohlenmangel berücksichtigen müsse. Redner machte noch auf den Schmuggel an der polnischen Grenze aufmerksam.

Dr. Böhm (DDP): Die Ausfuhr von Lebensmitteln muß mit Zuchtbonus bestraft werden. Bei der jetzigen Kürze der Arbeitszeit ist die Arbeitsleistung der heimischen Landwirtschaft zu gering.

Dr. Böhm (DDP) begründet die geringe Ablieferung mit der schlechten Ernte besonders im Osten. Leider sehe die Getreidebeschaffung, deren Fortführung man einstweilen noch wünschen müsse, vor dem Zusammenbruch. Auch für die Landwirtschaft ist es gefährlich, wenn wir uns dem Weltmarktpreis nähern. Es muß ein Einfuhrmonopol für das Reich geschaffen werden. Redner wendet sich gegen jede Ausfuhr von Stiefstoffen, solange der Inlandsbedarf nicht gedeckt ist. Redner sprach den Wunsch nach Freigabe des Zuckers aus, damit neue Devisen geschaffen werden können.

Hoch (SD): Das vom Minister Hermes entworfene Bild ist furchtbar. Es drohen Arbeitslosigkeit und Nahrungsmangel, und es besteht die trostlose Finanzlage. Redner erklärt sich mit dem Verfahren bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht einverstanden. Die Konventionen werden auf das unerhörteste belastet. Die Preise wachsen bei freiem Handel ins Maßlose. Zur Verbilligung der Produktionskosten ist es notwendig, die Herstellung der künstlichen Düngemittel unter staatliche Kontrolle zu stellen. Die Freigabe des Zuckers kann dazu führen, daß der arme Mann überhaupt nicht mehr Zucker kaufen und verzehren kann.

Dr. Herz (USP, rechts) kritisierte eingehend die Taktik des Ernährungsministeriums, zu dessen Gründung überhaupt keine Notwendigkeit vorzuliegen hätte. Redner wendete sich ganz besonders gegen die Freigabe der Fleischbeschaffung, die zur Verschärfung auch der Milchpreise geführt habe. Das einzige Mittel, die landwirtschaftliche Produktion zu heben, ist eine Reduktion der Pachtzinsen der Landwirte. Redner fordert ebenso wie der Abg. Hoch für die Produktion der künstlichen Düngemittel die Gemeinwirtschaft. Der Ausschluß vertrat sich darauf auf Wittmoß

### Eine stürmische Sejm-Sitzung in Warschau.

M. Danzig, 9. November. Die amtliche polnische Telegrammagentur verbreitet über die Sejm-Sitzung in Warschau am 8. November folgenden Bericht: Abg. Baricki beantragt die Abstimmung über den Verfassungsentwurf zu verlagern, bis die Beratungen über den Absatz 5 des Entwurfes beendet sein werden. In der Abstimmung wird ein Antrag Katalowicz angenommen. (Anruhe auf der Linken.) Der Antrag Baricki wird mit 171 gegen 170 Stimmen abgelehnt. (Auf den Banken der Sozialisten entleert hießte Unruhe. Es wird mit Bulbedeln geklopft.) Der Sejmarschall: Ich weiß die Vornamen darauf hin, daß ich jeden von ihnen für 5 Sitzungen ausschließen werde. (Ungehöriger Lärm. Pfeifen, erneutes Klopfen mit Bulbedeln auf den Banken der Sozialisten.) Der Sejmarschall: Es ist festgestellt, daß die Herren Libermann und Perli mit Bulbedeln geklopft haben. Ich schließe sie für 5 Sitzungen aus. (Andauernder, ohrenbetäubender Lärm.) Den Abgeordneten Kozłowski schließe ich für 5 Sitzungen aus. (Andauerndes Pfeifen, Tromeln, Schreien und Klöpfen. Eine Stimme auf der Rechten ruft: Kubankonzert!) Ich schließe den Abg. Farrer Dixon wegen andauernden Lärmens für 5 Sitzungen aus. Ich habe, daß auch der Abg. Rutel mit Bulbedeln geklopft hat. Für dieses unziemliche Benehmen schließe ich auch ihn für 5 Sitzungen aus. (Ungehöriger andauernder Lärm. Abg. Dixon ruft fortwährend: „Wieder mit dem Senat!“) Ich schließe auch die Abg. Kozłowski, Klementiewicz und Grünbaum für 5 Sitzungen aus. (Fortdauernder Lärm.) Ich stelle fest, daß der Abg. Szwarczowski pfeift. Ich schließe ihn ebenfalls für 5 Sitzungen aus.

Der Sejm dauert eine halbe Stunde fort. Die Sitzung muß abgebrochen werden. Nach Wiederannahme beantragt Abg. Kierulff die Abstimmung über den Absatz des Verfassungsentwurfes, der von der Verfassungsorganisation handelt, zu beraten. Der Antrag wird mit 174 gegen 169 Stimmen abgelehnt. Von der Sitzung ausgeschlossen sind inzwischen die amtliche schriftliche Mitteilung von ihrer Ausschließung überreicht worden. Bei der Linken entsteht wieder ungehöriger Lärm. Es wird geklopft, geklingelt und mit Bulbedeln geklopft und geschlagen und geschrien. U. a. namentlich besonders heftig der Abg. Klementiewicz. Der Sejmarschall: Ich kann den Abg. Klementiewicz nicht mehr zur Ordnung rufen, da er der Versammlung nicht mehr angehört. Der Sejm auf der Linken wächelt. Die Sekretäre stellen die Tafeln auf, auf denen die Nummern der zur Abstimmung kommenden Artikel vermerkt sind. Die Abgeordneten der Linken können von ihren Banken auf und abwärts unter ungehörigem Lärm zum Präsidenten gehen. Auch die Abgeordneten der Rechten eilen nach dem Präsidentenstuhl. (Ungehöriger Lärm.) Der Sejmarschall verläßt den Präsidentenstuhl und hebt die Sitzung für eine Viertelstunde auf. Um 8.45 Uhr wird in der wieder aufgenommenen Sitzung mit der namentlichen Abstimmung begonnen. Auf der Linken entsteht wieder ungehöriger Lärm. Es wird geklopft, geklingelt und geschrien. Die Sekretäre sammeln die Zettel ein. Abg. Drzewski

reißt dem Abg. Szaraj, einen der Zettelstücke aus der Hand. Abg. Jan Domski erklärt im Namen der nationalen Arbeiterpartei und der polnischen Volkspartei, daß diese beiden Parteien aus grundsätzlichen Erwägungen die Abstimmung über den Senat hinausgeschoben sehen wollen. Die Wünsche dieser Parteien werden von der Rechten und einigen Gruppen der Linken nicht berücksichtigt. Diese Stellungnahme der anderen Parteien macht es der nationalen Arbeiterpartei und der polnischen Volkspartei unmöglich, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Die beiden Parteien hätten aus diesem Grunde keine Zettel abgegeben.

### Die Viehlieferung an die Entente.

Der Wiedergutmachungsanschuß forderte die Regierung auf, sich in der in Paris am 15. November stattfindenden Sitzung darüber zu äußern, in welchem Umfang Deutschland in der Lage ist, den von Frankreich, Belgien, Italien und Serbien auf Grund des § 2a des Anhangs 4 zu Teil 8, Abschnitt 1, des Friedensvertrages angemeldeten Ansprüchen auf Rindvieh, Pferde und Schafe zu entsprechen. Die deutsche Regierung wird eine Kommission von Sachverständigen zu dieser Sitzung entsenden.

### Der Krieg gegen Wrangel.

General Wrangel, der sich im Süden Russlands gegen Moskau erhoben hat und sich dabei der Unterstützung durch die Entente erfreut, macht den Bolschewisten viel zu schaffen. Meldungen aus Sebastopol besagen: Die heftigen Kämpfe im Norden der Krim dauern an. Die Behauptung der Bolschewisten, daß sie Veretop eingenommen haben, bestätigt sich nicht. General Wrangels Artillerie brachte den bolschewistischen Angriff zum Scheitern. Er fügte den Angreifern schwere Verluste zu. Die Bolschewisten ziehen sich nördlich von Veretop zurück. Sie wurden auch bei Altschki geschlagen. General Wrangel schlug ferner die Bolschewisten zurück, die die östlichen Straßen zur Krim besetzt hatten. Die neuesten Meldungen besagen, daß die Bolschewisten den Angriff auf der ganzen Front mit überlegenen Streitkräften wieder aufgenommen haben.

Ein zusammenfassender Bericht der Armee Wrangels besagt: Nachdem die Bolschewisten mit Polen Frieden geschlossen hatten und über ihre Kräfte, welche bis jetzt die polnische Front hielten, frei verfügen konnten, stellten sie drei Armeen gegen uns auf und verteilten sie in drei Gruppen: Rachowsta, Nikolopol und Pologi. Zu Beginn ihrer Offensive betrug ihre Stärke 100 000 Mann, davon ein Viertel Kavallerie. Die Bewegungsfreiheit unserer Armeen im Norden und Nordwesten wurde behindert. Das rote Oberkommando beschloß, unseren linken Flügel anzugreifen, und warf Kavallerie gegen Rachowsta in der Richtung auf Gromowka und Salkowo, um diesen Flügel gegen das Asowsche Meer zu drücken und sich dadurch einen freien Weg nach der Krim zu bahnen. Angesichts der gegenwärtigen Lage zog die russische Armee ihre Kräfte wieder zusammen. Die erste rote Armee mit Letten und anderen Infanterieabteilungen mit mehr als 10 000 Säbeln und 10 000 Gewehren wurde in südöstlicher Richtung gegen Rachowsta und mit 6000 Säbeln gegen Salkowo geworfen. Wir konzentrierten Angriffstruppen und warfen die rote Kavallerie zurück, welche unsere Front bei Siwasch durchbrochen hatte. Die tapferen Truppen des Generals Kutepow vernichteten zwei Regimenter lettischer Divisionen vollständig und erbeuteten 15 Geschütze und zahlreiche Maschinengewehre. Die Don-Kosaken nahmen vier Regimenter gefangen und erbeuteten 5 Geschütze, zahlreiche Maschinengewehre und sonstiges Material. Die Kräfte des Feindes waren jedoch größer als unsere, besonders die Kavallerie, die 25 000 Mann zählte. Im Verlaufe schwerer Kämpfe griff der Feind von drei Seiten an. Das Oberkommando beschloß, unsere Truppen auf die bestbesetzte Linie Simisch-Pereop zurückzuziehen. Diese Linie bietet alle Vorzüge der Verteidigung. Die Schläge, die unsere Armeen dem Feinde unaufhörlich verletzten, wodurch ein großer Teil der Bajonnett-Kavallerie vernichtet wurde, ermöglichten unseren Rückzug fast ohne Verluste.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

##### In den Abgrund.

Der Stadtrat in Düsseldorf hat festgestellt, daß seit Aufhebung der Fleischrationierung der Fleischkonsum gewaltig emporgeschossen ist. Die Reichen legen sich jetzt nicht mehr den geringsten Zwang auf. Die Mehrheit aber ist, eine Massenschlachtung des heimischen Viehes, dessen Bestände rapide abnehmen. Nach kurzer Zeit so weiter und die Katastrophe ist da. Der Fleischüberschuß der Schlächterläden ist eine trügerische Erscheinung. In Wirklichkeit geht es bei uns zu, wie in dem Dorfe, das ein bekannter Novellist schildert. Dort hungert infolge schlechter Getreide- und Kartoffelernten die Bevölkerung seit Jahren. Da fällt es einem ein, keine letzte Kuh abzuschlachten, um sich noch einmal satt zu essen. Das Beispiel steck das ganze Dorf an: alles Vieh wird geschlachtet. Nach Tage lang überfrüht man sich, um dann, den Hungerdorn vor Augen, die Häuser anzuzünden und sich unter den Trümmern zu begraben.

So schlaecht auch Deutschland heute sein letztes Vieh. An ausländischen Ertrag ist gar nicht zu denken. Unter der bürgerlichen Regierung sinkt die Valua von Tag zu Tag. Der Dollar gilt schon 87 Mark. Das ist ein Tiefstand, wie er unter der sozialistischen Regierung nicht zu verzeichnen gewesen ist. Bei solchem Valustand ist an die Einführung ausländischer Nahrungsmittel überhaupt nicht mehr zu denken; sie würden selbst noch für Wohlhabende unerschwinglich sein. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft war die Wahlpartei der Bürgerlichen. Sie sollte uns wieder zu den alten Zeiten der Ernährung zurückführen. In Wirklichkeit rufen wir in eine fürchterliche Katastrophe hinein, die von Tag zu Tag näher rückt. Die bürgerliche Reichsregierung aber steht tatenlos die Gefahr schändlich größer werden. Wenn nicht mit der Verzichtgebung des freien Handels sofort Schluß gemacht wird, dann ist das deutsche Volk in wenigen Monaten rettungslos dem Verhungern preisgegeben. Wir warnen in letzter Stunde!

##### Ein deutschnationaler Held.

In der Reichstags-Sitzung vom 28. Oktober rief Graf Weizsäcker aus: „Herr Scheidemann sagt, wir hätten uns nach dem 9. November 1918 feige ins Ausland verflochten. Dieser Vorwurf berührt uns nicht.“ Die folgenden Worte des Herrn Grafen veranlassen den „Vorwärts“, der Dessenlichkeit eine ihr bisher nicht bekannte Geschichte zu erzählen: Wenige Tage nach dem 9. Oktober 1918 erschien der deutsch-konservative Führer bei einem der sozialdemokratischen Volksbeauftragten. Es war eine gründliche Veränderung an ihm zu bemerken; er zeigte nämlich Manieren. Zudem war er nicht gekommen, um zu beweisen, daß er die Wohltaten einer guten Kinderstube genossen hatte, vielmehr war der Zweck seines Besuches, sich bei dem sozialdemokratischen Führer zu erkundigen, ob dieser imstande sei, sein todesbares Leben zu sichern. Als der Volksbeauftragte erwiderte, es könne zu keinem Bedauern die von

dem Anderen gewünschte Garantie nicht übernehmen, da er sein eigenes Dasein nicht gegen die Gefahr der Vernichtung gesichert, sagte der tapfere Konservative, er wolle dann an Berlin verlaßten, ob dagegen etwas einzunehmen wäre. Der Sozialdemokrat antwortete, daß er an dem Verweilen des anderen in Berlin durchaus nicht interessiert sei. Nun riefte der konservative Führer mit dem Wunsche heraus, daß der Sozialdemokrat einen Geleitbrief auf den Weg geben möge, damit er erledigtenfalls Arbeiter- und Soldatenräten gegenüber geschützt sei. Der gutmütige Volksbeauftragte erfüllte den Wunsch des bittenden Mannes, und dieser entfernte sich vergnügt. — So sehr in Wirklichkeit die deutschnationalen Helten aus!

### Die Revolutionsfeier in Groß-Berlin.

Zur Feier des zweiten Jahrestages der Revolution veranstalteten Dienstag unsere Genossen in Berlin zwanzig öffentliche Versammlungen und am Abend Festfeiern. Die Rechts-„unabhängigen“ hatten neun große Säle gemietet. Die Linksradikalen, Kommunisten, Kommunisten und kommunistische Arbeiterpartei hatten schon vorher erklärt, sich an einer Revolutionsfeier am 11. November nicht beteiligen zu können. In den Bureaus der Unterhördten wurde überall gearbeitet, wenn auch ein Teil der Untergebenen nicht erschienen war. — Im übrigen stand Berlin im Zeichen der Arbeitsruhe. Die Verkehrsmittel waren stillgelegt. Alle größeren Fabrikbetriebe hatten die Arbeit eingestellt. Nur in einer Reihe kleinerer und mittlerer Betriebe waren die Arbeiter zum Dienst erschienen. Während der größte Teil der Veranstaltungen unserer Partei der Würde des Tages entsprechend verlief, nahmen andere leider einen nicht sonderlich erfreulichen Charakter an. Linksradikale machten Sprengversuche. Andere überließen in der Mehrheit befindlichen Genossen verleitete jedoch in allen Veranstaltungen das radikale Vorhaben. Die Feiern erbrachten im übrigen den Beweis, daß der übergroße Teil der Arbeiterschaft die republikanischen Erfolge zu schätzen weiß und gewillt ist, für sie einzutreten, falls der Reaktion die Luft anzuweheln sollte, einen Anschlag gegen das junge Staatsgebäude zu unternehmen.

### Die sächsischen Bergleute machen keine Ueberstunden.

Die Bergleute im ganzen sächsischen Steinkohlengebiet haben die Einführung einer achten Ueberstunde mit großer Mehrheit abgelehnt.

### Einschränkung der Postüberwachung.

Für die Postüberwachung, die leider immer noch nicht völlig beseitigt ist, ist in erster Linie das Reichsfinanzministerium zu einem verantwortlichen. Das Reichsfinanzministerium behauptet die Postüberwachung sei das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Kapitalflucht. Solange die Kapitalfluchtgesetzgebung bestehen soll, daher auch die Postüberwachung aufrechterhalten werden. Eine Milderung ist insoweit eingetreten, als nur noch der Auslandsverkehr mit Einschreibebriefen, Wertbriefen und Wertpaketen überwacht wird. Beim gesamten übrigen Postverkehr mit dem Ausland ist die Postüberwachung im Wegfall gekommen.

### Kleine politische Nachrichten.

Die Note Oesterreichs um Aufnahme in den Böhmerbund ist Dienstag an den Generalsekretär des Böhmerbundes in Genf abgegangen worden, nachdem der Hauptausführer der österreichischen Nationalversammlung sie genehmigt hatte. Nach einer Pariser Meldung ist es möglich, daß Poincaré zum französischen Botschafter in London ernannt werden soll. Seine Freunde drängen darauf, obgleich noch niemals ein früherer französischer Präsident später einen Botschafterposten erhalten hat. Georgien stellte der Türkei ein Ultimatum, welches die Räumung von Ardagan und Artwin verlangt. Die georgischen Truppen werden in Batum konzentriert, wo man den Vormarsch der Türken erwartet.

Gegen den Berliner Kommuniken Split, dem Führer im Elektrizitätsstreit, ist Haftbefehl erlassen worden.

Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des bayerischen Landtages genehmigte auf Antrag der Sozialdemokraten einstimmig die von Staatsanwalt nachgesuchte Strafverfolgung des bauerischen händlerschen Abg. Gandorfer. Nach der Anklage hat Gandorfer bei staatlichen Heereskäufen durch Manipulationen im Ariensanleihe den Staat um 200 000 Mark geschädigt. Der Kompensationsvertrag zwischen der Tschecho-Slowakei und Polen ist, einem Bericht der Prager „Tribuna“ zufolge, bereits in Kraft getreten. Die Tschecho-Slowaken liefern Polen täglich 1500 Tonnen Kohle und 600 Tonnen Koks. Die Förderung in Ostrau beträgt täglich 27 000 Tonnen.

### Oesterreich.

#### Gefälschte Dokumente.

Kurz vor den Wahlen erregte in Wien eine Dokumenten-affäre großes Aufsehen. In der „Arbeiterzeitung“ und in einem Prager Blatte wurden Dokumente veröffentlicht, aus denen gewisse politische Zusammenhänge zwischen der ungarischen Regierung und der Christlichsozialen Partei in Wien hervorgingen. Die Dokumente entstammten dem Archiv der Presseabteilung der ungarischen Gesandtschaft in Wien, von wo sie ein gewisser Franz Sullai-Schuller, der vorübergehend in der Gesandtschaft beschäftigt war, hinausgeschmuggelt und kopiert hatte. Die ungarische Gesandtschaft hatte sofort einzelne, besonders markante Aktenstücke als Fälschungen bezeichnet, und nunmehr liegt ein Notariatsakt vor, der die Behauptung der ungarischen Gesandtschaft, daß jene als falsch bezeichneten Dokumente tatsächlich Fälschungen seien, bestätigt. Sullai-Schuller gesteht ein, die traglichen Dokumente im Auftrag des ehemaligen Volkskommissars der ungarischen Räterepublik, Wilhelm Böhm, gefälscht zu haben. Böhm habe von ihm die Akten verlangt, worauf er auf der Schreibmaschine in der Gesandtschaft die Akten hergestellt, sie mit dem Siegel der ungarischen Gesandtschaft versehen und die Unterschrift des Pressescheffs Reich daruntergelegt habe. Auch die Aktenstücke, welche die Verbindung der ungarischen Gesandtschaft mit der iredentistischen Bewegung in der Tschecho-Slowakei beweisen sollten, habe er selbst angefertigt. Nach den Fälschungen sei er mit dem Pässe, den ihm Böhm gegeben habe, nach Preßburg gereist. Die Angelegenheit erregt in Wien großes Aufsehen.

### Italien.

#### Das heiße italienische Blut.

Im Zusammenhang mit den Gemeindevahlen in Rom es in Mailand zu schweren Ausschreitungen, wobei ein Polizist schwer verwundet und mehrere Zivilisten verwundet wurden. Hierbei wurde der Redakteur des „Secolo“, Rechtsanwalt Karl Rossi, getötet. Als die Menge von dem Gebäude des Liberalen Verbandes die Landesjahre herunterzureißen versuchte, kam es auch dort zu Zusammenstößen, wobei es einen Toten und vier Verwundete gab. Auch in Florenz kam es zu schweren Ausschreitungen, in deren Verlauf zwei Personen getötet und viele verwundet wurden. In Sampierdarena bei Genua wurde während des Um-

anges. der Sozialisten eine Bombe geworfen. Zwei Sozialisten wurden getötet und eine größere Anzahl verwundet.

### Frankreich.

#### Drei ausländische Sozialisten verhaftet.

Wie „Populaire“ mitteilt, sind drei ausländische Delegierte, die zu der Konferenz der sozialistischen Jugendorganisationen nach Paris gekommen sind, verhaftet worden. Sie wurden des Komplotts gegen die innere Sicherheit des Staates bezichtigt. Die Verhafteten sind der Schweizer Delegierte Friz Sulzbacher, der holländische Delegierte Gino de Marchi und der serbische Delegierte Wenzeslaus Womitsch.

### England.

#### Rückgang der Preise.

Der „Economist“ teilt mit, daß die Indizes für die Preise in England gegen den Vormonat von 7645 auf 7175 gefallen sind. Das ist die niedrigste Indizeszahl seit November 1919. Der Rückgang ist hauptsächlich die Folge des Preissturzes von Baumwolle und Baumwollgarn. Unter den Lebensmitteln ist aber Weizen und Fleisch wieder gestiegen, wenigstens die offiziellen Preise.

### Finnland.

Die schwedisch sprechenden Finnländer fordern Selbstverwaltung.

Eine Versammlung der schwedisch sprechenden Finnländer hat mit 28 gegen 15 Stimmen beschlossen, von der finnländischen Regierung die Autonomie für das schwedisch sprechende Finnland zu verlangen, das nach eigener Verfassung von einem selbständigen Landtag regiert werden will.

## Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 10. November.

### Die Revolutionsfeier im Gewerkschaftshaus

am Dienstagabend gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung der Lübecker Arbeiterschaft für den 9. November. Der Besuch übertraf alle Erwartungen, der Saal war gedrängt voll, Hunderte mußten sich mit Stehplätzen begnügen. Es herrschte eine feierliche Stimmung und ein des Tages würdiges Programm bot jedem einzelnen hohen Genuß. Das Orchester des Vereins der Musikfreunde leitete den Abend ein mit dem Festmarsch aus der Oper „Die Königin von Saba“ und erntete für die flotte Wiedergabe des Gounod'schen Wertes stürmischen Beifall. Dieser wurde auch allen weiteren Vorträgen unter Leitung des Kapellmeisters Martin zuteil, so dem „Solonelle 1872“ von Alkathona, der Ouvertüre zur Oper „Robespierre“, den Erawalden „Geschichten aus dem Wiener Wald.“ Der Chorverein stellte eine stattliche Sängerschar auf die Bühne. Er brachte nur Uhmännliche Lieder zu Gehör: „Dem Lenz entgegen“, „Sturm“, „Inferno“ und mußte sich durch den stürmischen Applaus zu einer Zugabe bequemen. Er dankte mit „Lord Joseph“. Die Herren Wiszewski und Wall vom Stadttheater trugen mit ihren Gaben nicht wenig zur Weiße des Tages bei. Die hervorragenden Künstler erwarben sich die Zuneigung aller.

Der zweite Teil des Programms wurde durch die Festrede des Genossen Paul Löwig eingeleitet. Er wies zunächst darauf hin, daß der Jahrestag der Revolution, der sich jetzt zum zweitenmal wiederholt, für die Arbeiterschaft und für das ganze deutsche Volk von allergrößter Bedeutung sei. Nach mehr als vier Kriegsjahren voll unerhörten Leidens und Opfer brach das obrigkeitlich-militaristische Deutschland zusammen, unter seinen Trümmern die Monarchie der Hohenzollern, wie die Thronen bearbeitend. Zunächst brachte dies unehretere Ereignis der bis dahin entretlichen merkwürdigen Bevölkerung den Beginn ihrer Befreiung aus politischer und wirtschaftlicher Knechtschaft. Die Behauptung, die Revolution sei von radikalen Elementen gemacht worden, sei ganz unrichtig. Sie konnte erst kommen als Folge des verlorenen Krieges, dessen Elend und Not das Volk zermürbt hatte. Auf der einen Seite Kriegsgewinnler, patriotische Wankelbuden und ein Unterdrückungssystem schlimmster Art, auf der anderen die große Masse, die rechtslos und dornend und stumm all die Qual über sich ergehen lassen mußte. Das führte endlich zur Explosion. Die Unterdrückten schüttelten ihr Joch ab und traten die bisherigen Machthaber, die sich noch nicht einmal wehrten, davon. Diese bisherigen Machthaber, die Kriegskrieger und Erbsünderpolitiker, sind in letzter Linie die eigentlichen Urheber der Revolution. In letzter Zeit ist manchmal die Frage aufgeworfen worden, ob nicht der Krieg verhindert worden wäre, wenn die Revolution schon 1914 gekommen wäre. Darauf ist zu antworten, daß vor dem Krieg die organisierte Arbeiterschaft viel zu schwach, die Macht des bis an die Zähne gerüsteten Obrigkeitstaates viel zu groß war, um eine Revolution erfolgreich durchzuführen. Eine solche Revolution wäre im Blute der Arbeiter erstickt worden und hätte nur die Reaktion gestiftet. Es mußte leider erst durch ein Meer von Blut und Tränen gewartet werden bis der Sieg des Volkes über seine Unterdrücker möglich war. Von reaktionärer Seite, die sich jetzt wieder, nachdem sie lange in bleicher Furcht geschwiegen hatte, wieder frech hervorwagt, wird in zahlreichen Artikeln der 9. November als schwarzer Tag in der Geschichte Deutschlands, als Dolchstoß von hinten bezeichnet und als Ursache des Versalles Schandfriedens bezeichnet. Dabei steht fest, daß der Zusammenbruch der deutschen Heeresmacht schon früher erfolgt war, nachdem vorher bereits Oesterreich und Rußland die Waffen gestreckt hatten. War es doch gerade Ludendorff, der Waffenstillstand um jeden Preis verlangte. Das ist noch unverständlich. Allerdings, für die Kriegsverlierer war der 9. November ein schwarzer Tag, der sie um ihre mißbrauchte Macht brachte. Der Sozialdemokrat ist es jedoch zu danken, wenn die Revolution und der Zusammenbruch nicht zum Chaos führte. Sie ergriff die Masse und lenkte die Bewegung in die richtigen Bahnen. Von bürgerlich-reaktionärer Seite werden Elend, Hunger, Hunnerei und Schande als Errungenschaften der Revolution bezeichnet. Das ist eine dreiste Verleumdung. Sie waren nur das Erbe, das das neue Deutschland übernehmen mußte und das auch die Republik nicht befeitigen konnte. Die wirklichen Errungenschaften der Revolution sind die Republik, die politische Gleichberechtigung der Arbeiter, ohne die der Weg zum Sozialismus verfehrt war, die Befreiung der Hörigkeit der Landarbeiter, die Meinungsfreiheit der Beamten, der Abkündigung usw. Das sind Dinge, auf die man ohne die Revolution noch lange hätte warten müssen. Von links und rechts werden diese Errungenschaften begeißelt und verkleinert. Ihr Wert ist aber schon daraus zu erkennen, daß die Reaktion unabhingig am Werk ist, sie zu befeitigen. Der Erfolg der Revolution für die Arbeiterschaft wäre noch weit größer gewesen, wenn sie einig zusammen gestanden hätte. Und diese bestehende Zerrissenheit gibt den Reaktionen auch den Mut, immer von neuem den Kampf gegen die Republik zu wagen. Der Rapp-Bußch ist nur aus diesem Grunde gekommen. Die links von uns stehenden Parteien, die den Arbeitern die Errungenschaften der Novemberstürme zu vereiteln streben, die die Kampforganisationen der werktätigen Bevölkerung zu zersplittern versuchen, begehren damit ein Verbrechen am Volk. Schon mittern die Kaufleuten durch früher Morgenluft. Ihr Verhalten in Hannover, die Spaltung ihrer Preise, die Orgele und anderes beweisen das. Durch

ihre fortbauende Beunruhigung des Volkes hindern sie den Wiederaufbau. Die Arbeiterschaft will arbeiten, will aufbauen und ausbauen den deutschen Volksstaat. Daran wird sie von rechts und links gehindert. Deshalb ist es so schwer, zu gelunden Verhältnissen, zu Brot und Arbeit zu kommen. Wir stimmen der Forderung eines hiesigen reaktionären Blattes, daß wir uns frei machen müssen von den Geiern, die uns ins Verderben gestürzt haben, zu. Das sind sie selbst. Nur eine einzige Arbeiterschaft kann die Errungenschaften der Revolution sichern, deren Wert erst richtig non manchem geschätzt werden würde, wenn sie verloren wären. Daß letzteres aber nie geschehen darf, geloben wir am heutigen Tage. Wir wollen arbeiten an der Stärkung der Organisationen, damit wir in der Lage sind, mit allen Mitteln jeden Versuch auf die Republik und ihre freiheitlichen Einrichtungen abzuwehren. Redner schloß mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die deutsche und die internationale Sozialdemokratie, in das die Massen brausend einstimmten.

Der weitere Teil des Programms wickelte sich ebenso flott ab und löste die Befriedigung aller aus. So feierte, ernst und weisevoll, die organisierte Arbeiterschaft den Gedenktag an die politische Umwälzung Deutschlands und bewies damit, daß sie sich ihrer hohen geschichtlichen Aufgabe bewußt ist. In diesem Sinne wird sie auch weiter handeln. — Das Festkomitee hat sich seiner Aufgabe voll gewachsen gezeigt und darf mit seiner Arbeit zufrieden sein.

### Mit der Neuregelung der Milchpreise

beschäftigte sich am Dienstagabend eine Sitzung des Landesverwaltungsamtes. In der Sitzung nahmen Vertreter der Hansa-Meierei, der Gemeinnützigen Milchverarbeitung, der Milchhändler und der Verbraucher teil. Senator Dimpfer, der die Verhandlungen leitete, gab bekannt, daß die Milchpreiserhöhung nicht von den hiesigen Landwirten gefordert, sondern von Schleswig-Holstein verfügt worden sei. Lübeck habe gegen die Erhöhung bei der Reichsregierung und bei anderen in Betracht kommenden Instanzen protestiert. Da aber in Hannover, Oldenburg und in der Umgegend Hamburgs bereits der Preis erhöht worden sei, ferner auch Mecklenburg vor einer Erhöhung stehe, so bliebe uns kaum etwas anderes übrig, als die von Schleswig-Holstein festgesetzten Preise anzuerkennen. Bei Nichtanerkennung würde die Milch nach Orten mit höheren Preisen wandern und die Versorgung Lübeds in Frage gestellt sein. Senator Dimpfer besprach darauf den Vorschlag der Hansa-Meierei, die bekanntlich 10 Bg. pro Liter zur Lad zahlen will. Diese Mittel sollen dann zur Herbilligung der Milch für Bedürftige verwandt werden. Die Vertreter der Gemeinnützigen Milchverarbeitung und der Milchhändler erklärten zu diesem Vorschlag, erst in ihren Versammlungen Stellung nehmen zu müssen. Herr Direktor Bastian von der Hansa-Meierei wies sein Projekt als eine große soziale Tat, das auf anderen Gebieten und in anderen Orten Nachahmung verdiene. Auf diese Weise würden die Bemittelten zur Hilfe der Unbemittelten und Behürftigen herangezogen. E. entspann sich darauf eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Hansa-Meierei und den Vertretern der Gemeinnützigen Milchverarbeitung. Letztere gaben einer allgemeinen Verbilligung den Vorzug. Die Hansa-Meierei wolle mit ihrem Vorhaben nur die Konkurrenz niederkämpfen, um eine Monopolstellung zu erringen. Das wurde von Herrn Bastian entschieden bestritten. Die Vertreter der Verbraucher wandten sich gegen die Erhöhung, sahen aber ein, daß Lübeck sich in einer Zwangslage befinde. Die endgültige Preisfestsetzung durch das Landesverwaltungsamt soll in einigen Tagen erfolgen, wenn in der Stadt Hamburg und in Mecklenburg, wo man noch verhandelt, die Preise geregelt sind. Bis dahin gilt der alte Preis. Preisüberschreitungen sind strafbar. — Die Milchpreiserhöhung werden schon ihr Schicksal ins Trockene bringen. Man reißt viel vom Preisabbau, indessen steigen die Preise immer mehr. Das Elend der breiten Massen und der Geldnot der Satten nimmt zusehn zu.

### Schöffengericht.

Die Kaffe erleichterte nach und nach um etwa 1500 Mark das Dienstwädchen L. dem Gastwirt G. in Malente, bei dem sie in Stellung war. Den Schlüssel zur Öffnung der Kaffe nahm die Inwohlerin aus dem Kleiderschrank. Außerdem konnte sie auch bei einigen anderen Gegenständen Wein und Wein nicht unterscheiden. Das Urteil lautet auf 1 Monat Gefängnis. — Wegen Kettenhandels hatte sich der Droghändler R. zu verantworten. Er hat Wein und andere Hilfsmittel mit etwa 20 Prozent Rabatt auf ein Interat hin an einen Großhändler wiederverkauft und war dafür in eine Geldstrafe von 50 Mk. genommen worden. Gegen dieses Strafmandat legte der Inwohler Berufung ein. R. erklärte, daß er für diese Ware im Kleinhandel keinen Platz gefunden hätte und daher zum Verkauf an einen Großhändler gekommen sei. Das Gericht hielt diese Angabe für glaubhaft und erkannte auf Freisprechung. — Wegen gefährlicher Körperverletzung i. d. Kraftwagenführer Sch. angeklagt. Er hat im Juli in der Mollkauer Allee mit einer Kraftwagenführer von 20 Kilometern einen Straßenhahnwagen überholt. Dabei wurde ein junger Mann, der aus dem noch in Fahrt befindlichen Straßenhahnwagen sprang, angefahren. Der Unfall kam zu spät und erlitt eine Gehirnverletzung. Der Angeklagte erhielt eine Geldstrafe von 100 Mk. — Ein einträgliches Geschäft. Bei den Geleuten M. wurden bei einer Hausdurchsuchung Wulst und Stiefel, die zum Teil unter dem Bett versteckt waren, gefunden. Die Waren stammten aus Diebstählen in zwei hiesigen Geschäften. Die im Alter von 9 und 10 Jahren stehenden Kinder der Angeklagten haben bei der Vernehmung durch die Kriminalpolizei angeteufelt, daß ihre Mutter sie mit in die Geschäfte genommen hat. Frau M. hat bei der Auswahl Sachen von dem Tisch herunterfallen lassen und die Kinder rufen dann in die mitgeführte Handtasche. Die Mutter bestritt dieses Vorzeichen. Sie will überhaupt nicht wissen, wie die Sachen in ihre Wohnung gekommen sind. Der Ehemann ist gefandlich. 2 Paar Damenstiefel verkauft zu haben. Den Verkauf von 2 Wulst und 2 Paar Stiefeln versteckt auch die Ehefrau ein. Der Erlös ist im Hausakt verbucht worden. Frau M. erhält wegen fortgesetzten Diebstahls 6 Monate Gefängnis. Ihr Mann bekam wegen Hehlerei 1 Monat Gefängnis. — Einen Ballen Stoff hat der Angeklagte U. am Münderungstorge bei Karstadt inoffensiv gemacht und mit nach Hause genommen. Die Ware wurde bei einer Hausdurchsuchung bei dem Angeklagten gefunden. Das Gericht erkannte wegen Hehlerei auf 6 Wochen Gefängnis.

Großer Diebstahl beim Postamt. Auf dem hiesigen Postamt ist ein großer Diebstahl von Steuerzeichen (Panderolen) aufgedeckt worden. Es sollen Wertzeichen von mehreren hunderttausend Mark gestohlen sein. Die genaue Summe ist noch nicht festgestellt.

Zur Direktorin der Fortbildungsschule für Mädchen hat der Senat die Gewerbelehrerin Erna Müller ernannt.

Stadttheater. Am Mittwoch wird „Othello“, Donnerstag „Andine“, Freitag „Die Land“ und Sonnabend „Die deutschen Klein-Kinder“ wiederholt. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Theaterkasse Montags ganz geschlossen bleibt. Da der Kaufplatz demnächst abgegeschlossen wird, empfiehlt es sich, die Eintragungen umgehend vornehmen zu lassen.

Die hiesige Milchmühle hat eine neue Abholstelle bei Frau Grube, Langreihe 9, eingerichtet.

pd. Ein Hund ertrunken. Während des Spielens an der Trave zwischen der Beder- und Fischergrube fiel Dienstag mittag

der stürmische Schulknabe Karl Diakowski, dessen Eltern in der Böttcherstraße wohnhaft sind, in das Wasser und ertrank. Die Leiche konnte erst nach einigen Stunden aus dem Wasser geborgen werden.

pb. Ungetreuer Straßenbahnfahrer. Festgenommen wurde ein Straßenbahnfahrer, der die von ihm abgegebenen Abrechnungsbücher für verkaufte Fahrkarten so gefälscht hatte, daß für ihn ein Ueberschuß verblieb, den er zu seinem eigenen Vorteil verbrauchte.

Musik. Eine glänzende verlaufene Revolutionsfeier wurde hier im Lokale von Dieckmann am Dienstag abgehalten. Der Arbeitergelenverein wartete mit sehr wirkungsvollen Vorträgen auf und die Musikkapelle spielte: „Lied der Freiheit“. Die Festrede des Genossen Steinberg handelte von der Bedeutung des Tages. An feierlich aufgenommenen Ausführungen schlossen sich musikalische und deklamatorische Vorträge seitens Schwartauer Genossen. Die Feier verlief überaus stimmungsvoll und blieb nicht ohne nachhaltige Wirkung.

## Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Die Revolutionsfeier, welche die Genossen von Schwartau und Renfeld Dienstagabend im Saale des Gasthofes „Transpaal“ veranstalteten, hatte sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen, auch von Seiten der Genossinnen. In einer fünfviertelstündigen Ansprache würdigte Genosse Otto Friedrich aus Lübeck die Bedeutung des Tages. An feierlich aufgenommenen Ausführungen schlossen sich musikalische und deklamatorische Vorträge seitens Schwartauer Genossen. Die Feier verlief überaus stimmungsvoll und blieb nicht ohne nachhaltige Wirkung.

Cutin. Die Stadtvertretung genehmigte die von der Kommission vorgelegten Besoldungsordnungen für die hiesigen Beamten, Gemeinbediener und Angestellten mit Wirkung vom 1. April dieses Jahres. Der Besteuerung des reichssteuerfreien Mindesteinkommens wurde zugestimmt. Man erkannte wohl die Härten einer derartigen Besteuerung an, doch glaubte man wegen der finanziellen Notlage Cutins nicht darauf verzichten zu können. Man schätzte die Einnahme für Cutin bei etwa 2000 Steuerzahlern auf ungefähr 800 000 Mark. Wie die Steuer wirkt, zeigt folgendes Beispiel: Ein Ehemann hat Frau und sechs Kinder bei einem Einkommen von 6000 Mark, sein steuerfreies Einkommen würde 1500 Mark und 500 Mark und sechsmal 700 Mark gleich 6200 Mark betragen. Er ist also reichssteuerfrei, kam aber mit 200 Mark zur Gemeindesteuer herangezogen werden.

Eine Reihe Notstandsarbeiten sind vorgeschlagen. Für die Fertigstellung des elektrischen Stromnetzes wird die weitere Anleihe von 250 000 Mk. genehmigt. Zugestimmt wurde der beantragten Erhöhung der Gas- und Wassermiete um sogar 200 Brg. ab 1. Dezember 1920. Angeregt wurde eine Staffelung der Preise für Gas und Kohle für die Minderbemittelten. Hierzu wurde jedoch geltend gemacht, daß andere Städte bereits derartige Anträge abgelehnt hätten, weil man befürchten müsse, daß dann auch bei anderen Bedarfsartikeln wie Brot, Fleisch usw. eine derartige Staffelung gefordert werden könnte, und ferner die Zahl der reichen Leute, die dann den Ausfall durch entsprechend für sie erhöhte Preise decken sollen, immer kleiner wird. Eine rege Debatte rief eine Sanftmoral hervor, die das Resultat zeitigte, daß sich der Gemeinderat einverstanden erklärt mit der Einführung des französischen Unterrichts in den Lehrplan der Mädchen-Volksschule für die Bezirke der Klassen 5—8 und daß die Lehrpläne dahin erweitert werden, daß nach Erledigung der Klasse 8 ein Uebertritt der Bezirke in die Quarta des Lyzeums möglich ist. Der Antrag des Magistrats, auch in Cutin jeht Notgeld herauszugeben, wurde zugestimmt, bei der Sammelwut von Notgeld hofft man eben, daß so mancher Schein von der Stadtkasse nicht wieder eingelöst zu werden braucht.

## Neueste Nachrichten.

### Aufhebung der Zwangswirtschaft für Milch?

II. Frankfurt, 10. November. Nach einer Berliner Meldung der „Frankf. Ztg.“ wird dem Vernehmen nach in Regierungskreisen der Gedanke erwogen, vom 1. April 1921 ab die Zwangsbewirtschaftung der Milch aufzuheben.

### Der 9. November.

II. Dresden, 10. November. Anlässlich der Gedenkfeier des 9. November kam es gestern zu Zusammenstößen mit der Polizei. Am Polizeipostamt sah ein Zug von demonstrierenden Arbeitslosen mit der Polizei zusammen. Die Polizeibeamten wurden mit Schmutz beworfen und beschimpft, worauf diese die Demonstrierenden auseinandertrieben. Die Kundgebungen dauerten bis in den späten Abend hinein. Trotz der Ministerialverordnung, den 9. November als Feiertag zu betrachten, wurde in der hiesigen Industrie fast überall gearbeitet. Nur ein geringer Teil der Arbeiterschaft war in der Arbeitsstätte nicht erschienen.

### Aufhebung einer Werbestelle für die Fremdenlegion.

II. München, 10. November. In Bayern wurde eine Werbestelle für die französische Fremdenlegion aufgehoben. Es handelt sich um eine ausgebaute Organisation, die mit der Werbestelle in Mainz in Verbindung stand und deren Tätigkeit sich auf Deutsch-Österreich erstreckte. Als Hauptbetrieblige wurden ein im Elbaj geborener Kaufmann, zwei österreichische Staatsangehörige und eine in England geborene deutsche Kellerin festgehalten. Es erfolgte vorläufig keine Verhaftung der Werber, da die Angehörigen, die ins besetzte Gebiet geschickt werden sollten, sämtlich österreichische Staatsangehörige waren.

### Vor dem Abbruch der italienisch-jüdischen Verhandlungen?

II. Rom, 10. November. Die Verhandlungen in Santa Margherita sind an einem Wendepunkt angelangt. Die italienische Delegation hatte den jüdischen ein Mindestprogramm überreicht, von dessen Annahme Italien die Fortsetzung der Verhandlungen abhängig macht. Dienstag überreichte Terzabiti die jüdischen Gegenentwürfe. Sie sind von den italienischen Forderungen weit entfernt. Sie schlagen eine Teilweise Grenze vor zwischen der Wilonlinie und der Linie des Lombarder Vertrags, die insbesondere den Schneeburg und die Bahnlinie Triest-S. Pietro an Südbalkan bringt. Triest soll zwar freigeblieben werden, aber territorial von Italien getrennt bleiben. Dalmatien wird ganz jüdisch mit Ausschluß von Zara, das nur administrative Autonomie erhalten soll.

### Die Vertretung der belgischen Sozialisten in Genf.

II. Brüssel, 10. November. Die sozialistische Parlamentsgruppe hat Montag eine Sitzung abgehalten und Senator Lafontaine als Vertreter Belgiens bei der Genfer Völkerverammlung angekündigt.

### Bergarbeiterstreik in Nordfrankreich.

II. Lille, 10. November. Die Delegierten der Bergarbeiter des Departements du Nord und des Bedens von Anzin haben beschlossen, sofort die notwendigen Maßnahmen für den Streik zu treffen.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck“ verantwortlich: Hermann Baner. Verleger: Heinz Steinberg. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



# Billige Haushalts-Tage

Dem Wunsche der Preisfestsetzungskommission folgend, bieten wir während dieser 4 Tage eine Kaufgelegenheit zu wirklich fabelhaft billigen Preisen!

Mengenabgabe vorbehalten.

<b>4</b> Salatschalen weiß oder bunt im Satz <b>1 95</b>
<b>5</b> Salatschalen weiß oder bunt im Satz <b>4 75</b>
<b>6</b> Salatschalen weiß oder bunt im Satz <b>9 75</b>
<b>7</b> Salatschalen weiß oder bunt im Satz <b>12 75</b>
<b>4</b> Glasschalen im Satz <b>3 95</b>

Gemüseschalen echtig ..... 2.95 1.95 <b>95<sup>9</sup></b>
Gemüseschalen oval ca. 29 cm lg. 4.75 ca. 26 cm <b>3 75</b>
Obertassen weiß, verschiedene Formen <b>85<sup>9</sup></b>
Kaffeebecher weiß u. bunt, alle Größen <b>75<sup>9</sup></b>
Schokolade-Kannen Majolika ..... 2.95 <b>2 45</b>
Teekannen Porzellan, mit Goldrand <b>4 85</b>
Frühstücks-Service Porzellan, f. 2 Pers. 28.50 <b>14 50</b>
Kaffee- u. Teetassen Porzell., blau, Strohmuster Paar <b>4 75</b>
Kaffee- u. Teetassen Porzell., mit Lübb. Adler u. Goldr. <b>6 75</b>
Aufschnitt-Platten Porzellan, mit Dekor .... <b>4 75</b>
Vorratsstollen mit Deckel ..... <b>2 95</b>
Mehlmützen verschiedene Ausführung .. <b>3 75</b>
Wasserkannen zu Waschservicen ..... <b>7 50</b>
Glasteller verschiedene Muster ..... <b>95<sup>9</sup></b>
Glasschalen mit Fuß versch. Größen. Durchweg <b>95<sup>9</sup></b>
Grog- u. Weingläser versch. Ausführung .. Stück <b>4 75</b>
Römer weiß, auf antikem Fuß ... <b>5 75</b>
Sektbecher geschliffen u. gouillochiert <b>1 95</b>
Bierbecher verschiedener Ausführung. <b>1 75</b>

<b>Milchtöpfe</b> mit Schrift			
¼ Liter	½ Liter	¾ Liter	1 Liter
<b>75<sup>9</sup></b>	<b>95<sup>9</sup></b>	<b>1 75</b>	<b>2 25</b>
<b>Porzellan-Kaffee-Service</b> für 6 Personen, verschiedene Muster früherer Preis bis 95.- M. jetzt durchweg <b>45 00</b>			
früherer Preis bis 185.- M. jetzt durchweg <b>95 00</b>			
<b>Tafel-Service</b> für 6 Personen verschiedene Ausführung früherer Preis bis 225.- M. jetzt durchweg <b>118 00</b>			
<b>Küchen-Garnituren</b> 22teilig moderne Formen und Dekors durchweg <b>95 00</b>			
<b>Glasschalen</b> weiß, Kristallimitation			
11 cm	13 cm	16 cm	
<b>1 95</b>	<b>3 25</b>	<b>4 95</b>	

Emaillie-Wassereimer 28 cm Durchmesser ..... <b>18 75</b>
Wassereimer verzinkt, 28 cm Durchm. <b>16 75</b>
Emaillie-Kumpen verschied. Größen .. Stück <b>1 75</b>
Emaillie-Kochtöpfe mit Deckel, 16 cm ..... <b>12 50</b>
Emaillie-Kochtöpfe mit Deckel, 20 cm ..... <b>19 50</b>
Emaillie-Schaumkellen verschied. Formen Stück <b>95<sup>9</sup></b>
Messing-Kessel schweres Fabrikat, 26 cm <b>24 50</b>
Messing-Kessel 30 cm Durchmesser ..... <b>33 50</b>
Kaffeelöffel Aluminium ..... <b>65<sup>9</sup></b>
Eßlöffel Aluminium ..... <b>85<sup>9</sup></b>
Britannia-Kaffeelöffel gutes Fabrikat ..... <b>1 95</b>
Britannia-Eßlöffel gediegenes Fabrikat ..... <b>2 95</b>
Tafelmesser Solinger Fabrikat ..... <b>6 75</b>
Tafelbestecke sonst bis 48.- M. jetzt Paar <b>9 75</b>
Scheren verschiedene Größen Stück <b>3 95</b>
Pfannkuchenwender Stahl ..... <b>1 95</b>
Küchenbeile starkes Fabrikat ..... <b>5 75</b>
Wiegemeßer doppelt 9.75 ..... einfach <b>6 75</b>

<b>Porzellan-Dessert-Teller</b> 15, 17 u. 19 cm Durchm. verschiedene Dekore mit Goldrand durchweg Stück <b>1 75</b>
<b>Porzellan-Spiseteller</b> Feston, tief und flach Stück <b>3 75</b>
<b>Porzellan-Kaffeetassen</b> reich dekoriert Paar <b>2 25</b>
<b>Braune Einmachttöpfe</b> 6 und 8 Liter Inhalt Stück <b>1 95</b>
<b>5 Aluminium-Kochtöpfe</b> mit Deckel extra schwer, unbordiert 18 bis 26 cm Durchm. <b>285 00</b>

Brotschneidemaschine mit gutem Messer ..... <b>14 75</b>
Reibemaschinen fein und grob reibend ..... <b>19 75</b>
Fleischhackmaschinen emailliert ..... <b>39 75</b>
Küchenwagen emailliert Zinnerblatt ..... <b>42 50</b>

<b>Billige Lampen</b>	
Küchenlampen für Petroleum, 10 linig ..... <b>9 75</b>	Elektrische Kipplampen für Klavier u. Schreibtisch. <b>65 00</b>
Tischlampen für Petroleum, 14 linig ..... <b>24 50</b>	Elektrische Tischlampen mit Glaskuppel ..... <b>72 00</b>
Gas-Pendel komplett ..... <b>29 75</b>	Elektrische Pendel ..... 19.50 <b>14 50</b>
Gas-Ampeln mit Glasbehäng ..... 85.- <b>65 00</b>	Elektrische Ampeln ..... 95.- 85.- <b>65 00</b>
<b>Zuglampen und Kronen sehr preiswert.</b>	

Bücher-Etagere 2 Borde 15.75 ..... 1 Bord <b>12 75</b>
Bücher-Ständer Nußb. imit. 3 Borde 39.50 ..... 2 Borde <b>29 75</b>
Bauerntische verschied. Ausführung, durchweg <b>29 50</b>
Notenständer Eiche mit Messingsprossen 108.- 88.- <b>68 00</b>

Holzquirl ..... <b>95<sup>9</sup></b>
Etagere für 6 Tonnen ..... <b>2.95</b>
Fuß-Abstreifer ..... <b>2.95</b>
Tortenformen ..... <b>95<sup>9</sup></b>
Lebwärmer ..... <b>2.95</b>
Vorhängeschlösser ..... <b>1.95</b>

Schneebesen ..... <b>1.95</b>
Tafelglocken, vernickelt <b>2.95</b>
Kaffe- und Teesiebe ..... <b>95<sup>9</sup></b>
Badethermometer ..... <b>75<sup>9</sup></b>
Spirituskocher ..... <b>2.95</b>
Kohlensieben ..... <b>29.75</b>

Kaiser-Tinte Flasche ..... <b>35<sup>9</sup></b>
Küchenbord-Spitze 10-Meter-Rolle ..... <b>95<sup>9</sup></b>
100 Bogen Billettpapier gute Qualität. .... <b>2 00</b>

Bohnermasse ..... Dose <b>4.25</b>
Reine Kernseife ½-Pfund-Doppelstokk. <b>5.85</b>
KA-Seifenpulver ½-Pfund-Paket ..... <b>1.75</b>
Bleichsoda Ersatz ..... Pfund <b>25<sup>9</sup></b>

Scheuerpulver „Rama“ ½-Pfund-Paket ..... <b>15<sup>9</sup></b>
Wäschesteif zum Stärken weiß u. farb. Wäsche. 3 Pak. <b>25<sup>9</sup></b>
Stearin-Baumkerzen 250-Gramm-Paket ..... <b>6.60</b>
Feine Toilette-Seife Stück 3.25 2.50 1.90

Ein Posten <b>Bilder - Rahmen</b> verschiedener Ausführung Stück <b>75<sup>9</sup></b>
--

# Holstenhaus

LÜBECK

Ein Posten Gerahmte <b>Bilder</b> verschiedener Ausführung Stück <b>2 95</b>
---

## Bezirksparteitag Mecklenburg-Lübeck

**s. Warnemünde, 8. November.**  
Der sozialdemokratische Bezirksparteitag Mecklenburg-Lübeck, der am 7. und 8. November in Warnemünde tagte, war von 81 Delegierten besucht. Nach einem stimmungsvollen vorgetragenen Bericht des Arbeitergesangsvereins begrüßten Dan-Warnemünde und Stadtrat Alim die Delegierten. Darauf nahm vom Bezirksvorstand Kröger-Roskoff zu einer längeren Begrüßungsansprache das Wort. Er zeigte, wie die Reaktion forciert wühlte und arbeitete, um die Errungenschaften der Revolution zu beseitigen und die Republik zu zerstören. Die Herrschaften setzten ihre Hoffnungen auf die Zersplitterung der Arbeiterschaft. Möge aber kommen was da wolle, die Arbeiterschaft sei stark genug und bereit, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Pläne der Reaktion zu vernichten. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem das Bureau gebildet war, erstattete Kröger-Roskoff den Geschäftsbericht. Er verwies darauf, daß unter den schwierigsten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen schwere Arbeit geleistet werden mußte und auch erfolgreich geleistet worden ist. Die maßlosen Anfeindungen der äußersten Linksparteien hätten manche Erfolge verhindert, aber die Partei als solche habe in diesem bedauerlichen Kampfe nicht gesittet. Die Erfolge wären aber viel größer gewesen, wenn die Arbeiterschaft einig und geschlossen den Kampf gegen die Reaktion hätte führen können. Wo in den Orten Mecklenburgs Unabhängige und Kommunisten das große Wort führten, seien dieses Leute, die früher für keine Organisation zu gewinnen waren. Der Redner ging dann auf die stattgefundenen Wahlen näher ein, wobei die bürgerlichen Parteien infolge der Unreinlichkeit der Arbeiterschaft im Vorteil gewesen seien. Durch den von links und rechts gegen uns geführten erbitterten Kampf war es leider nicht möglich, die frühere Zahl von Abgeordneten wieder zu erringen. Die bürgerlichen Parteien aber, die in der verlogenen Weise den Wahlkampf führten und dem Volke die unerfüllbarsten Versprechungen machten, haben es inzwischen mit der Angst bekommen. Nichts von ihren Versprechungen ist eingetreten, im Gegenteil, die wirtschaftlichen Verhältnisse wurden immer schlechter, Not und Elend immer größer. Wir gingen immer mehr dem Ruin entgegen. Schuld an diesen Zuständen hätten die Parteien, die den Versprechungen der Rechtsparteien glaubten und ihnen ihre Stimme gaben. Bei der nächsten Wahl würden die Massen anders urteilen. Wir könnten frohen Mutes in die Zukunft blicken. Unsere Partei sei stärker als je zuvor. Auch in Mecklenburg sei im Berichtsjahre die Mitgliederzahl auf über 31.000 gestiegen. Die Zunahme der männlichen Mitglieder betrug mehr als 3000, leider sei die Zahl der weiblichen Mitglieder etwas zurückgegangen. Gewaltige Arbeit stehe uns bevor. Bedauerlicherweise würde durch den Mangel an Referenten die Agitation sehr erschwert. Die Parteitage in Halle und Kassel hätten gezeigt, daß nur unsere Partei die wahren Interessen der Arbeiter vertritt. Wenn die Kommunisten nun auch noch das Bestreben zeigten, die Gewerkschaften zu zerstören, so würden die Arbeiter diese Selbstzerfleischung auf keinen Fall mitmachen, da sie den hohen Wert der Gewerkschaften erkannt hätten. Praktische und erfolgreiche Arbeit sei von den Linksradikalen nirgends, auch nicht in den Stadtparlamenten Mecklenburgs, geleistet worden. Kröger gab dann ein anschauliches Bild von dem Rapp-Bußch in Mecklenburg. Die Partei und die Parteileitung habe in diesen Tagen voll und ganz ihre Pflicht und Schuldigkeit getan. Der Unabhängige Mecklenburg, der noch dem Putsch überall in den Versammlungen der radikalen Vorherrscher marke, hätte sich, wie inzwischen einwandfrei festgestellt sei, in den kritischen Tagen als der größte Feindling benommen. Auch hier habe sich wiederum gezeigt, von welcher Seite in Wirklichkeit die Interessen der Arbeiter vertreten werden seien. Der Redner ging dann auf die gestellten Anträge näher ein und wünschte, daß Rakeburg Lübeck zur Bearbeitung überwiesen werde. Der Bildungs-ausschuß, der seinen Sitz in Lübeck habe, müsse seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Vermehrte Aufklärungs- und Bildungsarbeit sei unumgänglich nötig. Redner betonte zum Schluß die Notwendigkeit des Ausbaus der Organisation. Bei dem uns bevorstehenden Reichstagswahlkampf müsse eine starke, schlagferne Organisation vorhanden sein. Wenn jeder mit Eifer ans Werk gehe und seine Pflicht erfülle, würde der Erfolg nicht ausbleiben. (Lebhafter Beifall.)

Den Kassenbericht erstattete Brehmer-Roskoff. Er verwies auf den gedruckt vorliegenden Bericht. Auch die Kassenverhältnisse haben sich günstig entwickelt. Einzelne Ortsvereine sind allerdings kümmerlich mit der Einsendung der Beiträge. Mecklenburg hat die Mittel zur Reichstagswahl selbst aufgebracht. — Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattete Ehlers-Lübeck. Er beantragte, alle Mandate für gültig zu erklären. Der Antrag wurde angenommen. Von den 81 Delegierten sind 4 weibliche.

In der Debatte betonte als erster Redner Bromme-Lübeck, daß mehr als bisher für die Bildung und Aufklärung der Jugend getan werden müsse. Der Anhang der Kommunisten bestrebe zum größten Teile aus Jugendlichen, die aus Unkenntnis dieser Partei zugelaufen sind. Der Jugend-ausschuß in Lübeck werde seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Er könne aber mit den bisher ihm zur Verfügung stehenden Mitteln nicht auskommen. Redner bat, den Antrag Roskoff, der Bezirksleitung der Arbeiter-Jugendvereine vierteljährlich 200 Mark aus der Zentralkasse zu überweisen, anzunehmen. Das Land Rakeburg könne Lübeck angegliedert und von Lübeck mit bearbeitet werden. Die Kommunisten seien weder Marxisten noch Kommunisten. Ihre ganze Tätigkeit schädige nur die Arbeiterbewegung. — Frau Schmidt-Schwertin und Frau Müller-Neustrelitz baten, der Frauenbewegung mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die bürgerlichen wären unermüdet am Werke, um die Frauen für sich zu gewinnen. In der sozialen Fürsorge und in anderen Institutionen seien die bürgerlichen Frauen stark vertreten und versuchten dort ihren Einfluß geltend zu machen. Sie ersuchten, dem Antrag Schwertin, auf baldige Anstellung einer Frau als Parteisekretärin für den Bezirk Mecklenburg-Lübeck zuzustimmen. — Dreger-Lübeck befürwortete die von Lübeck gestellten Anträge und verwies auf die Bewegung der Jungsozialisten, der mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden müsse. Den 9. November als Feiertag müßten die Arbeiter sich durch ihre Stärke selbst erringen und nicht als Geschenk von der bürgerlichen Regierung erhalten. In den Stadtvertretungen sollten unsere Vertreter mehr als bisher ihren festen Standpunkt wahren und sich nicht von den bürgerlichen einwickeln lassen. Die Volksfeinde ständen links und rechts von uns. In der Beitragsfrage hätten wir uns nach den Beschlüssen des Kasseler Parteitages zu richten. Daher könnte den Anträgen auf Zulassung von Ausnahmen nicht stattgegeben werden. — Kröger-Neustrelitz betonte, daß unsere Parteigenossen den Demagogen von links scharf entgegenzutreten müßten. In schamlosester Weise führten jene Elemente den Kampf gegen uns, und unsere eigenen Genossen ließen oft die größten Beschlüsse widerspruchslos über sich ergehen. Früher habe die Arbeiterschaft eine solche Beschimpfung ihrer Führer nicht geduldet. Für die Aufklärung der Frauen müsse alles getan werden. — Die weitere Aussprache bewegte sich durchweg im Sinne des Referats. Ausnahmen an dem Bericht wurden nicht gemacht. Ein von Ehlers-Lübeck befürworteter Antrag auf Schluß der Debatte fand Annahme. Nach einem kurzen Schlußwort der Referenten war der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Bericht über die Presse im Bezirk. Blunt-Roskoff gab den Bericht über die Mecklenburgische Volkszeitung. Er betonte, daß die Presse der Hauptfaktor unserer Bewegung sei, an deren Ausbau und Verbreitung unermüdet gearbeitet werden müsse. Bei Ausbruch des Krieges hatte die „Volkszeitung“ rund 10.000 Abonnenten. Die Zahl sank während des Krieges auf fast 7000 und heute erscheint das Blatt in einer Auflage von 15.000 Exemplaren. — Darauf wurde die Sitzung um 7 Uhr abends auf Montag früh 8 Uhr vertagt.

Die Montagsverhandlung begann mit dem Bericht des Genossen Haller-Schwertin über das „Schreie-Wort“. Bei der Gründung des Blattes waren große Schwierigkeiten zu überwinden. Es wurde mit einem geringen Kapital und mit rund 2000 Abonnenten der Anfang gemacht. Heute ist die Leserschaft mehr als verdreifacht. — Steinberg-Lübeck berichtete über den „Lübecker Volksboten“. Das Blatt hatte in den 26 Jahren seines Bestehens eine gute Zukunftsentwicklung. Materiell steht das Unternehmen auf guter Grundlage; eine gesunde Entwicklung ist vorhanden. Die Leserschaft könnte allerdings noch höher sein. Der Aufschwung, den die Revolution mit sich brachte, hält im Gegensatz zu manchen anderen Parteiblättern beim „Volksboten“ an. Die Leserschaft ist fortgesetzt im allmählichen Steigen begriffen. Wichtig sei der innere Ausbau der sozialdemokratischen Presse, damit sie der bürgerlichen Presse überlegen sei. — In der kurzen Aussprache wurde allseitig auf die Notwendigkeit der weitesten Verbreitung der Presse verwiesen. Die bürgerliche Presse dürfe in keiner Weise, auch nicht durch Inzertate unterstützt werden. Demgegenüber hob ein Redner hervor, daß in manchen Fällen ein Inzertieren in der bürgerlichen Presse nicht zu umgehen sei. Ueberhaupt müßte der Inzertentel eines Blattes anders als der redaktionelle Teil bewertet werden. Einige Delegierte wünschten, Schundinzerate nicht aufzunehmen.

Den Bericht der Landtagsfraktion erstattete Petersen-Goldberg. Er ging zunächst auf den Wahlkampf ein, der mit den schmuddigsten und gemeinsten Mitteln von links und rechts gegen uns geführt worden sei. Der Landtag zeigt nun eine Zusammenfassung, die in keiner Weise den Wünschen der Arbeiterschaft gerecht wird. Petersen schilderte dann die wichtigsten Vorgänge und Kämpfe im Landtag und verwies auf die große Programmrede des Genossen Stellung, die in vielen Punkten der Fraktion auch später als Richtschnur gebieten hätte. Unsere

Genossen führten einen schweren Kampf gegen die Agrarier, um Verschlechterungen für die Arbeiter abzuwehren. Der Kampf sei aber um so schwerer, da die Demokraten in den meisten Fällen versagten. Der Redner beschäftigte sich dann eingehend mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft und mit der Lebensmittelversorgung der Arbeiterschaft Mecklenburgs. Die freie Wirtschaft hätte dem schärfsten Wucher Tür und Tor geöffnet. Ungeheure Milch- und Butterhinterziehung trieben die Agrarier. Der Wucher mit Fleisch, Kartoffeln und anderen Lebensmitteln gehe ins Unermessliche. Daher müsse die Ausfuhr von Vieh und Kartoffeln aus Mecklenburg solange verboten werden, bis die Bevölkerung Mecklenburgs versorgt sei. (Widerstand bei den Lübecker Delegierten.) Die Tätigkeit der Landtagsfraktion wurde auch dadurch stark gehemmt, weil die Unabhängigen hauptsächlich den Kampf gegen uns führten. Die Arbeiterschaft Mecklenburgs sehne sich nach Ruhe und einer einzigen Arbeiterbewegung. Sie wolle von der Selbstzerfleischung der Arbeiter absolut nichts wissen. Ueberall sei das Bestreben vorhanden, durch praktische Arbeit das Elend zu überwinden. In diesem Sinne habe auch stets die Landtagsfraktion gearbeitet. Diese Arbeit wolle sie im Interesse der Arbeiterschaft fortsetzen, trotz der Gegnerschaft rechts und links. (Lebhafter Beifall.) — Alim-Neustrelitz forderte in seinem Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion in Strelitz die Verschmelzung beider Länder Mecklenburgs. — In der ausgedehnten Debatte wurden hauptsächlich die Ernährungsverhältnisse in Mecklenburg diskutiert. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft wurde als ein großer Fehler bezeichnet und verschiedene Maßnahmen zur Bestämpfung des Wuchers und einer besseren Lebensmittelversorgung angeregt. Ueber die Frage der Regierungsbildung mit den äußersten Rechtsparteien waren die Meinungen geteilt; einige Redner waren dafür, andere dagegen.

Nach der Mittagspause erhielt Genosse Stellung das Wort zu seinem Vortrage über „Die allgemeine politische Lage“. Er führte u. a. aus: Die Last des Friedensvertrages sowie auch das Vorgehen unserer früheren Feinde im besetzten Gebiet kennzeichnet die Situation, in der wir uns befinden. Die Herrschaften aber, die am meisten über die unerhörte Bedrückung durch die Franzosen klagen, haben durch ihre früheren Sünden in Deutschland ein solches Vorgehen mit verursacht. Die Reaktion glaubt wieder Oberwasser zu haben. Mit der reaktionären Gesinnung wird nicht mehr hinter dem Berge gehalten. Der deutsche nationale Helfertag ist im Reichstag mit einer Frechheit sondergleichen aufgetreten. Auch der Revanchegedanke wird in jenen Kreisen immer offener propagiert. Diesem Treiben müssen wir unsere größte Aufmerksamkeit widmen. Ein neuer Krieg ist Wahrscheinlich. Die Rechte kann die elende Lage nicht verbessern, sondern nur verschlechtern. Wichtig ist, daß im Innern feste Verhältnisse platzen. Wir müssen an das Gewissen der Welt appellieren, damit sie unsere Lage erkennt. Trotz der Bedenken einiger Genossen gebe ich die Hoffnung nicht auf. Sie wird allmählich immer stärker, obgleich die Arbeiterschaft zersplittert ist. Die Wälder müssen erkennen, wie das deutsche Volk hetzen und gedrückt wird. Frankreich verhält alles mit dem militärischen Geist zu bezwingen und freut sich über jede Erschütterung in Deutschland. Die Wirtschaftslage ist an sich tief traurig; dennoch sind einige Lichtblicke vorhanden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt die Vollsozialisierung der Bergwerke nach dem Vorschlag der Sozialisierungskommission. Ohne wichtige Demonstration der Genossen werden wir dieses Ziel kaum erreichen, da auf Demoskaten und Zentrum in dieser Frage kein Verlaß ist. In dieser Sache handelt es sich um nichts weniger als um die Existenz Deutschlands. Die Kohlenproduktion muß gefördert werden, um die Industrie aufrecht zu erhalten und Waren ausführen zu können. In der Ernährungsfrage hat der Kasseler Parteitag das zum Ausdruck gebracht, was nötig ist. Wir können den Landwirt weder mit Waffen noch mit guten Worten zwingen, die Produktion zu vermehren und Nahrungsmittel abzuliefern. Da ist es vielleicht nötig, in irgend einer Form zur gebundenen Wirtschaft zurückzuführen. Die Gefahr der Abschachtung der Milchkuhe, die bei der freien Wirtschaft vorliegt, muß unter allen Umständen vermieden werden. Hernes mag als Person ein guter Mann sein, als Ernährungsminister hat er viel gesündigt. Man redet von Preisabbau, aber bei der landwirtschaftlichen Produktion tritt das Gegenteil ein. Das darf nicht so weiter gehen. Im kommenden Winter werden die Zustände schlimmer werden als je zuvor. Die Partei muß in die Massen die richtige Aufklärung tragen. Auf keinen Fall dürfen wir den radikalen Schreibern das Feld überlassen, sondern müssen die Initiative selbst ergreifen. Die „Druckerei“ ist eine militärische Organisation, sie bildet das Rückgrat der Reaktion. Die Parole muß lauten: Kampf gegen sie bis zum äußersten. Wir müssen gerüstet sein und unsere Organisation ausbauen. Der Rapp-Bußch war im Verlaufe zu dem uns bevorstehenden Kampf ein Kinderspiel. Es geht um nichts weniger als um den Bestand der Republik. In diesem Kampfe müssen wir auf

## Maria Hendrina von Goch.

Novelle von Louise Schulze-Brü

Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Oh, Ohm, datt wär noch et wenigst.“  
Der Alte sah ihn aufmerksam an. Dann lachte er plöcklich.  
„Ne, et is nich je glauben. Is den Jung in die Hendrina verliebt bis über die Ohren und läßt sie aus den Fingern, weil er nich eso fäh is, so en Mädchen fest anzupacken. Und läßt sich beschwätzen und klauen normachen von so em dummen Dingen. Ich haben gemeint, du dachst dir nich aus ihr machen. Nu sehn ich, wie die Fisch schwimmen.“  
„Ohm —“  
„Ja, Ohm! Nu sag, warr soll denn nu datt ganz Megefellis heißen?“  
Er stand dicht vor Beert, die Hände in den Hosentaschen verkehrt, das kiffige, schon wieder ganz befriedigte Gesicht von der Flamme des kleinen Deschens rot gebläht. Mit der Hendrina ihren Mäuden wurde er schon fertig. Die nahm er nicht ernst. Auch seine Frau hatte Mäuden gehabt, er hatte sie ihr aber gründlich ausgetrieben. Und die Hendrina, die so gefallen dahinkam, trat in den Tag hinein, was würde er groß Arbeit mit der haben, mit seiner Tochter, die ihm folgen mußte.  
Aber der Beert fing jetzt an zu sprechen. Der stille Mensch glühte ja ordentlich an. Nein, er wollte das nicht. Nie und nimmer. Er nähme die Hendrina nur, wenn sie ihn wirklich gern hätte. Und das hätte sie jetzt nicht, aber es wäre nur ein Gernhaben wie zu einem Bruder. Die Hendrina, die sei ja überhaupt bis geltern noch ein pures Kind gewesen, das nichts gemerkt hätte von der Welt und Menschen. Das immer wie geschlafen hätte da unten in dem stillen Haus in Goch bei der alten Baß, abgeschlossen von dem, was wirklich ist. Jetzt, jetzt sei sie was geworden, er hätte's gemerkt, ordentlich gesehen gestern. Und jetzt wollte sie hinaus, wollte das Leben sehen, mit drinnen sein, wollte auch wie andere Mädchen eine Jugend haben. Und wenn der Ohm klug wäre, dann ließ er sie. Denn in der Hendrina, da sei was drin, was kein Recht wolle, und was man nicht tot machen könne.  
Der Alte hörte ihm zu wie halb betäubt. Nein, das konnte doch der Beert nicht sein, der stille Mensch, der zu ihm sprach, mit den Händen fuchtelte, mit glühenden Augen sprach, Dinge sagte, die keinen Plan umwarfen, den schönen wohlgefügten Bau

zerstörten. Er tobte, nannte ihn einen Narren und Schwächer, der sich sein eigen Glück um müßige Grillen verzerze. Aber Beert blieb fest. Das sei kein letztes Wort. Von ihm habe der Ohm nichts zu hoffen.  
Und wenn die Hendrina sich nun in einen andern verliebe! In so einen oberheintischen Windhund und Nichtsnutz? Wenn einer sie ihm vor der Nase wegknappen will, was denn! Ein Narr ist er, der Beert, ein Träumer und ein Dummerjan.  
Beert war still geworden. Er suchte wieder die Äpfeln, dann konnte er's auch nicht ändern. Dann mußte er damit fertig werden. Aber das stand fest, die Hendrina durfte nicht gemungen werden, und es war schon besser, wenn der Ohm auf ihn hörte, ihm folgte, der Hendrina hier eine fröhliche Zeit gönnte.  
Aber der Alte fuhr wild auf. Nein und nochmals nein. Und zum drittenmal nein. Und er klappte die Treppe hinan, schwer und jörnig und ritzelte an Hendrinas Särankbett.  
„Steh auf! Gleich!“  
Und noch einmal: „Nach vorwärts, fix! Schläfft in den hellen Morgen hinein.“  
Durch das Gitterwerk fragte die Hendrina ganz verwundert: „Was ist denn? Ist was passiert?“  
Er nahm sich zusammen. So ging es nicht. Vor seiner Tochter hatte er nie seiner Festigkeit freien Lauf gelassen, sie kannte ihn gar nicht so.  
„Nä, aber steh' auf. Die Hildegard wollt' ja heut' morgen kommen. Mach', ist es schon bald zehn Uhr.“  
„Marijolepp! Ja, ich mach' schon.“  
Der Alte zog seine Mühe tiefer ins Gesicht und rannte über das Gangbord ans Land. Unruhig lief er mit kurzen Schritten auf und ab, immer die Augen auf das Schiff gerichtet. Und jedesmal im Vorbeirennen las er halbblau von den dicken Goldbuchstaben ab:  
„Maria Hendrina von Goch“ — „Maria Hendrina von Goch“ —  
Dann blieb er einen Augenblick stehen und schaute mit heißen Augen auf die schmutze Kante, das blanke Deck, wo der Schiffspeil auch unruhig und blaffend auf und ab lief.  
„Maria Hendrina von Goch.“  
Die Kälte beizte ihm das Gesicht. In keinem Bart frohen winzige Eisnadeln. Er achtete nicht darauf. Er sah nur noch das Schiff an.  
Ein prächtiges Schiff. Schöne sah keins auf dem ganzen Rhein. Größere vielleicht, aber kein so gut gehaltenes, so schmuckes. Sein halbes Leben lang hatte er sich samt seinem B... der geplagt,

geschunden, gearbeitet Tag und Nacht wie der geringste Schiffs-knecht. Seiner Frau hatte er nichts gegönnt, wie sich selber nicht, und wenn die schöne lustige Maininger nicht ihren reichen Vater gehabt hätte, der ihr immer und immer wieder zugestimmt hätte, da wäre es wohl schlimm gewesen. Sie hatte es noch erlebt, daß die beiden Brüder van Endert das Schiff bauen ließen, und als sie stark, und schnell darauf ihr Vater, da, ja, da war das Erbe gerade zur rechten Zeit gekommen, um ihres Mannes Anteil an der „Maria Hendrina“ bezahlen zu helfen.  
Der alte van Endert stand einen Augenblick still. Er sah vor sich das Grab seines Schwiegeraters neben dem noch frühen Grabe seiner Frau. Und er erinnerte sich ganz genau, wie ihn damals der Gedanke gepeniat hatte. — ja, vor dem offenen Grab. — der Alte hätte das Erbe verkauflicher können, so daß er's nicht in die Finger gekriegt hätte. — Aber nein, so schlau war er nicht gewesen, der leichtfertige Mainiger. — van Endert bekam das Geld, in lauter guten Kassenheinen, und der Wortmund der Hendria gab gern seine Zustimmung, daß es in das Schiff gesteckt wurde. — das war eine sichere Anlage.  
Zehn Jahre hauste er nun darauf als der Herr, — denn der Beert war nicht zu rechnen, sein Bruder hatte dafür gesorgt, daß der nicht viel zu sagen hatte, — und wenn er die Hendrina hetzelte, dann blieb alles, wie es war. Und nun sollte das alles vielleicht anders werden, — der Alte stampfte grimmig mit dem schweren Holsfuß auf, nein, er war doch noch da, er hatte noch die Macht und auch das Heft in der Hand. Er würde den zweiten schon zeigen, was sein mußte und was sein sollte.  
An einem der Kajütenfensterchen verschob sich der weiße Vorhang ein wenig. Die Hendrina lugte hinaus. Die würde sich wohl schon wundern, daß ihr Vater hier im Schnee wie unsinnig hin und her stampfte.  
Er wanz sich zur Ruhe, zur Ueberlegung. Eigentlich konnte er ja gar nichts machen. Wenn der Beert die Hendrina nicht betreten wollte. — so ein Narr — aufwachen konnte er sie ihm nicht. Und sie nach Goch zurückdrängen, das konnte er auch nicht, zumal, wenn die Hendrina nicht wollte. Der Weingärtner würde einen Heidenpeppel erheben und wemöglich in Mainz eine große Geschichte daraus machen. Die Sette in Mainz, die einzige Schwester seiner verstorbenen Frau, lautierte ohnehin schon längst darauf, ihn einmal ins Gebet zu nehmen, weil er die Hendrina so zurückhielt, auch nicht nach Mainz gehen ließ. Und mit der Tante Sette wollte er sich nicht erziehen, von ihr erbte die Hendrina auch noch einmal einen schönen Bagen Geld.  
Fortsetzung folgt.

dem Posten sein. Der verschärfte Generalstreik muß dann sofort mit aller Macht einsetzten. Bezüglich der Rekrutierung vertritt Stellung den Standpunkt des Kasseler Parteitag. In den Ländern dürfte man sich in dieser Frage nicht festlegen. Nach den Vorkommnissen in Mecklenburg könne man dort gegenwärtig allerdings keine Rekrutierung mit der kühnsten Rechtsprechung bilden. Reineswegs aber dürfte man unsere heutige Position durch Experimente verschlechtern. Bei einer neuen Wahl hänge vieles von einer guten Wahlparole ab. Die Demokraten gingen in diesen Fragen heute lieber mit der Rechten als mit uns. Es gelte, aus allen Vorkommnissen die richtige Lehre zu ziehen. Die Arbeiter, die nach der Spaltung der Linksparteien zu uns kommen wollen, mögen das tun, aber buhlen wollen wir um diese Leute nicht. In unserem Kampfe sollte das hohe Ziel immer voran gestellt werden. Mehr als bisher muß für den Einheitsstaat gewirkt werden. Ebenso muß auch der Rest im stärkeren Maße zu den Aufgaben herangezogen werden. Unsere Parole muß lauten: Arbeiter, stärkt und macht die Organisation kampfbereit! Wenn wir aufbauen wollen, muß zunächst der Bestand der Republik gesichert sein. (Lebhafte Beifall.)

Darauf wurde die Aussprache fortgesetzt. Molimann-Schwerin forderte scharfe Bekämpfung der „Orgele“. Zur Durchführung der Forderungen der Arbeiterschaft und zur Bekämpfung der Reaktion müsse auch das Mittel des Generalstreiks benutzt werden. Mehrere Redner schilderten die Not der Bevölkerung in Mecklenburg; nicht einmal Kartoffeln seien trotz der hohen Preise zu haben. Das Schulwesen müsse verbessert werden. In Mecklenburg habe der Austritt unserer Genossen aus der Rekrutierung schlimme Folgen gereizt. Die Kunter behandelten ihre Arbeiter immer schlechter. In den Vermittlungen mache sich der reaktionäre Geist breit. Für die Landarbeiter und für die Opfer des Kampfes müsse besser gesorgt werden. Brethmer-Lübbeck begrüßte den Antrag Lübeck über die Siedlungsfrage und hob den Wert der Siedlung und der Heimstätten hervor. Bromme-Lübbeck sprach zur Rekrutierung und zur Ernährungsfrage. Wir dürfen unsere Position nicht aufgeben, sondern müssen uns an die Spitze der Republik stellen. Dreger-Lübbeck vermittelte darauf, daß es mit dem Generalstreik nicht allein getan sei. Bei dieser Frage müsse die Übernahme der politischen Macht mit erörtert werden. Nachdem Ehlers-Lübbeck den Antrag, den nächsten Parteitag in Lübeck abzuhalten, begründet und auf die historische Bedeutung Lübecks als Tagungsort für Mecklenburger hingewiesen hatte, wurde mit großer Mehrheit der Antrag angenommen. Vorher waren alle von Lübeck gestellten Anträge angenommen worden. Abgelehnt wurde u. a. folgender Antrag Klotz: „Die Zusammenkunft mit einer Partei, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der Republik steht, kommt für uns nicht in Frage. Von den bürgerlichen Parteien in Mecklenburg kann demnach nur die Demokratische Partei für uns als Koalitionspartner angesehen werden.“ In den Bezirksvorstand wurden fast alle alten Mitglieder wiedergewählt und zwei Genossen neu hinzugenommen.

Nach einem kräftigen Schlusswort des Genossen Kröger fand die Tagung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ihr Ende.

### Die Reichswehr gratuliert!

Obwohl die reaktionäre Heerpresse eifrig bemüht ist, die jüngste Rede des Genossen Scheidemann im Reichstage in ihren Hauptstellen entweder gänzlich zu unterschlagen oder zu fälschen, ist sie doch schon in die Kreise der Reichswehrojoldaten gedrungen und in Nord und Süd, in Ost und West freudig begrüßt worden.

Einer Reihe Zuschriften, die Gen. Scheidemann uns zur Verfügung stellt, entnehmen wir die folgenden Stellen:

„Wir haben im Kreise der Kameraden ihre Rede besprochen. Ich habe versprochen müssen, heute noch an Sie zu schreiben, um Ihnen zu danken.“

„Wir sprechen Ihnen unseren Glückwunsch aus zu Ihrer Reichstagsrede. Wir wurden durch das Geschimpfe des Heiligen „-“ auf Ihre Rede erst aufmerksam gemacht.“

„Es ist eine direkte Lüge, wenn ein Abgeordneter erklärt hat, die Reichswehr stände auf deutschnationaler Seite. In einigen Truppenteilen mag das vielleicht der Fall sein, die Offiziere sind alle Reaktionäre, die sich nach ihrer alten Herrenstellung zurückziehen. Sie behandeln die Mannschaften schon jetzt wieder wie früher. Damit ziehen sie wohl manchen Heuschler groß, aber in Wirklichkeit hegen sie die Soldaten nur gegen sich auf, denn die alten Zustände will kein Soldat wieder herbeigeführt haben.“

„Wir sind da für das Volk, und die Vertreter des Volkes sollen bestimmen, was wir zu tun haben und wie wir zu behandeln sind, nicht aber die D — — von Offizieren... Meine Gedankengänge sind die von 90 Prozent aller Reichswehrangehörigen... Wo die Masse der Berufssoldaten steht, das haben wir den Herzen ja in den Kaspien gezeigt.“

„Wir gratulieren Ihnen zu der Rede, die jeder Reichswehrojoldat lesen möchte... Die heutige Reichswehr ist eine Brutstätte der Reaktion und wird es bleiben, solange den Offizieren die Disziplinarstrafgewalt bleibt.“

„Offiziere, die wirklich unser Vertrauen besitzen haben, und die sich während der Kappjage mit ihrer Person für die alte Regierung eingesetzt haben, wurden uns genommen. Warum? Wir haben das Gefühl, weil sie uns als Menschen gegenübertraten, weil sie Demokraten waren... Es gibt viele Unteroffiziere und Mannschaften in der Reichswehr, die ebenso denken wie Sie, doch sie dürfen sich nicht regen, weil man sie sonst auf die Straße setzt.“

„Man behandelt uns in der gemeinsten Weise. Ungefährlich der Dienstjahren hatten wir, ein von unserem Verhalte herangegebenes Flugblatt verbreitet, das ich Ihnen beilege. (Es trägt den Titel „Soldaten der Reichswehr“ und bekräftigt sich in kritischer aber durchaus sachgemäßer Weise mit dem neuen Reichswehrojoldaten... Ein Sturm ging gegen uns Unteroffiziere und Mannschaften los. Der Oberleutnant E., Kompaniechef der E. Kompanie des Regiments E. (alle Namen sind genau angegeben) sagte zur Kompanie folgendes: Es ist eine Schandtat, eine Gemeinheit, ein detestisches Flugblatt heranzugeben... Ein Mann hat um die Erlaubnis, ein Wort dazu sagen zu dürfen. Das wurde ihm verboten. Der Mann wird jetzt auf Schritt und Tritt verfolgt, damit man eine Gelegenheit findet, ihn unheimlich zu machen. Sie wird sich bald finden.“

„Herzlichen Glückwunsch im Namen der Kameraden. Lieber Herr Scheidemann, lassen Sie uns nicht im Stich...“

„Es ist noch viel schlimmer, als Sie geschrieben haben. Unsere Offiziere behandeln uns schon wieder genau so brutal wie vor“

dem Kriege und wie im Kriege und in der Stappe... Lassen Sie nicht locker...“

„Alle demokratischen Zeitungen werden streng ferngehalten. Aber Soldatenzeitungen, welche dienstlich vertrieben werden, die werden angepriesen. Sie sind das Sprachrohr der Reaktion. Siehe „Macht im Westen“. Wir werden genau so angelogen wie früher und fast ebenso schlecht behandelt...“

„Fort mit der Strafgewalt der Offiziere, das ist unsere Parole solange, bis wir Führer haben, die sich der heutigen Zeit anpassen. Es wird sich ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Disziplin finden lassen...“

„Sie haben uns allen aus dem Herzen gesprochen, wir danken Ihnen und werden immer zu Ihnen stehen. Zu Ihnen hatten wir immer Vertrauen. Wie im Kriege, wo Sie sich unserer Beschwerden angenommen haben und für den Frieden eingetreten sind, so auch jetzt... Sie werden uns nicht im Stich lassen...“

Die Reichswehrojoldaten dürfen sich darauf verlassen, daß die Sozialdemokratische Partei sich ihrer Interessen immer auf das Entschiedenste annehmen, für ihre allgemeinen Menschen- und Soldatenrechte mit Energie eintreten wird. Die Reichswehr hat keine andere Aufgabe als die, die Republik und ihre Verfassung gegen jeden Angriff, komme er von rechts oder von links, zu schützen. Die Bolschewisten von rechts sind genau so schlimm wie die von links. Beide müssen im Auge behalten werden, damit sie nicht blutigen Bürgerkrieg hervorrufen.

Für die Reichswehr darf es nur eine Politik geben: Schutz der Republik!

Die Rede Scheidemanns wird in den nächsten Tagen vom Verlag des „Volksblattes“ in Kassel nach dem amtlichen Stenogramm herausgegeben werden. Die Verbreitung ist aus agitatorischen Gründen dringend zu empfehlen.

Zuschriften aus der Reichswehr sollten übrigens nicht an einen bestimmten Abgeordneten gerichtet werden, sondern an folgende Adresse: Sekretariat der Sozialdemokratischen Fraktion (Abg. Rahmann), Berlin NW. 7, Reichstagsgebäude.

## Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 10. November.

### Rundgebung für die Sicherstellung der Ernährung.

Eine Konferenz der Ortsausschüsse des Gewerkschaftsbundes und der freien Angestelltenverbände der Hansestädte, Schleswig-Holstein, Hannover, Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Vorpommern tagte am Montag im Hamburger Gewerkschaftshaus, um die Sicherstellung der Ernährung durch Bekämpfung des Wuchers zu erörtern. Der Vorsitzende Lübeck begrüßte die Delegierten und betonte, daß die Zustände der Ernährung sich immer schwieriger gestalten; es müsse jetzt endlich zur Tat übergegangen werden.

Ehrentei erklärte in seinem Vortrag, daß durch die immer mehr steigenden Preise für Lebensmittel die Not der minderbemittelten Bevölkerung zunehme. Die Lohn erhöhungen für Angestellte und Arbeiter schafften keinen genügenden Ausgleich. Die Regierung könne wirklich nicht in der Lage zu sein, Auswüchse des freien Handels energisch zu bekämpfen. Schiebertum und Lebensmittelwucher kämen in höchster Blüte; durch die Verschlebung der wichtigsten Lebensmittel ins Ausland sei die Sicherstellung der Ernährung gefährdet. Nach Ansicht des Redners müßten Gewerkschaftsbund, Wa und Konsumgenossenschaften gemeinsam vorgehen, um die Mißstände des freien Handels zu beseitigen. Die Konferenz wolle durchaus nicht die Zwangswirtschaft wieder einführen; aber das Schiebertum, das durch den freien Handel in höchster Blüte steht, müsse bekämpft werden. Wenn jetzt in Eisenbahnerkreisen für einen Generalstreik agitiert werde, so verurteile die Konferenz diese Propaganda ganz entschieden; ein Generalstreik würde keine Verbesserung, sondern eine Verschlimmerung der Lage herbeiführen. Die Konferenz müsse nachdringende Forderungen vertreten: Kontrolle der gesamten Produktion durch die Betriebsräte; Mitwirkung der Arbeiter bei der Preisgestaltung; Abänderung der Wuchergesetze in Volkswuchergesetze; für Lebensmittelwucher und -Schiebung darf nur auf Rückhaus und Verlust des Vermögens erkannt werden; die Bahnkontrolle muß in Zukunft durch die Gewerkschaften und die Wa ausgeführt werden.

An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache, in der u. a. Packer-Oldenburg ausführte: Die Volkswirtschaftsvereine verenden Broschüren, daß Kinder in Not sind. Die niederländische Handelskammer habe der deutschen Regierung ein Angebot auf Fondenserte und geänderte Milch gemacht, das den Preis ganz bedeutend herabsetzen könne. Die Regierung hat den Antrag abgelehnt, damit die deutsche Landwirtschaft die Konkurrenz nicht verliert. Eine Bleibdose, in der die Milch in Deutschland jetzt vertrieben wird, kostet allein etwa 1,50 Mk. Graeger-Oldenburg verlangt, daß nur Kaufleute mit Waren handeln dürfen, die amtlich kontrolliert werden. Heute handelt jeder Händler mit Waren. Ganz Norddeutschland wird mit dem besten Oldenburger Fleisch versorgt. Mit Wissen der Regierung gelte es die ungeheure Verschwendung. Die Urliste gegen Wucherer sind Prämien für die Schieber. So a. Hannover: Der Erfolg hängt von den praktisch durchführbaren Vorschlägen ab, die die Konferenz zu machen imstande ist. Selbst beim besten Willen werden wir nicht aus den Schwierigkeiten herauskommen, weil wir an die ökonomischen Verhältnisse auf Grund des Friedensvertrages gebunden sind. Notwendig ist in erster Linie eine Umänderung des Friedensvertrages. Eine Kontrollinstanz ist unter den heutigen Umständen infolge des Elends sehr zweifelhaft. Dem Volke müssen wir sagen: Ihr habt euch diese Regierung gewählt, um tragt auch die Konsequenzen und macht es bei der nächsten Wahl besser. Man soll auch nicht auf die Konsumvereine schimpfen, sondern alle arbeitstreibenden Kreise sollen in ihnen mitwirken. Haus: Lübeck: Wir müssen eine Verklüftung des Landes von der Produktion bis zu den Konsumenten anstreben. Redner kritisiert scharf die mecklenburgischen Verhältnisse, wo man die Regierung den Reaktionären überlassen habe, trotzdem die Linksparteien die Mehrheit hatten. Cohen-Berlin sagt: Wir haben in Deutschland 30 Millionen Tonnen Kartoffeln und brauchen für die Volksernährung 8 bis 10 Millionen Tonnen. Damit ist erwiesen, daß die Kartoffelversorgung nicht unter allen Umständen gefährdet zu sein braucht. Redner bespricht die Preise in der Eisenindustrie an Hand von Reispiesen und erklärt, daß die Preise gegen früher von 40 bis 50 Proz. des damaligen Preisniveaus sind. Damit ist klar erwiesen, daß die jetzigen Preistreiber nicht an den Löhnen der Arbeiter und auch nicht an der gerade jetzt so häufig ventilierten Frage der sozialen Absichten und der Vererbung von 20. Dezember 1919 liegt. Die Eisenindustrie ist in dem mahligen Wucher, der in der Produktion des Eisens betrieben wird. Wie die Eisenindustrie auch das Eisen aus dem Sand ableitet und

privaten Unternehmer herausgenommen werden. Nach weiterer Aussprache und einem Schlusswort Ehrenteis wurde folgende Entscheidung angenommen:

„Die Konferenz steht auf dem Standpunkt, daß von der heutigen bürgerlichen Regierung sowohl in Bezug auf den Preisabbau, als auch in Bezug auf die Bekämpfung der Wuchergesetze des freien Handels, so gut wie gar nichts zu erwarten ist und daß regierungswirtschaftlichen Interessen gegenüber dem Kapital immer wieder erneute Maßnahmen auf die Taschen der deutschen Bevölkerung ausübt.“

Die Konferenz ist davon überzeugt, daß bei einem ernstlichen Willen die Möglichkeit besteht, mit Hilfe der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft einen erfolgreichen Kampf gegen die Auswüchse des freien Handels, gegen Wucher und Schiebertum aufzunehmen. Im Interesse der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft und damit gleichzeitig im Interesse des Volksganzen richtet die Konferenz an den Alldeutschen Deutschen Gewerkschaftsbund sowie an die Zentrale der Arbeitersgenossenschaft freier Angestelltenverbände das dringende Ersuchen, gemeinsam mit den Konsumgenossenschaften an die praktische Lösung der Frage des Preisabbaues und der Sicherstellung der Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung heranzutreten. Im besonderen wird gefordert ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmersvertretungen bei der Preisgestaltung, die Möglichkeit einer weitgehenden Kontrolle über die Produktion, über die Festlegung der Herstellungskosten und Materialpreise seitens der freien Gewerkschaften. Ferner wird verlangt eine Umgestaltung aller Preisprüfungsstellen mit der Maßgabe, daß der entscheidende Einfluß in den Preisprüfungsstellen den Konsumenten überlassen wird und an Stelle der juristischen Wuchergesetze Volkswuchergesetze mit den weitestgehenden Befugnissen treten.

Die Verschlebung von Lebensmitteln und Bewahrung des Volkes nach dem Ausland, sowie die Bewahrung des Volkes ist auf jeden Fall mit Buchhaus und voller Kapitalsentziehung zu bestrafen.

Um diesen Forderungen den gehörigen Nachdruck zu verleihen, ist Vertrauensleuten der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmersorganisationen, das Grenz-, Bahn- und Postkontrollrecht auf Kosten des Reiches einzuräumen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Arbeitersgenossenschaft freier Angestelltenverbände werden dringend ersucht, im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung und im Interesse des Volksganzen auf die Durchführung dieser Forderungen sowohl bei den einzelnen politischen Parteien, als auch bei der Regierung zu dringen. Sie werden ferner ersucht, die freigewerkschaftlichen Machtmittel anzuwenden, um die heutige Regierung zu befechtigen, falls dieselbe diesen grundsätzlichen Forderungen der freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerschaft nicht Rechnung zu tragen gewillt ist.“

Der erste Teil wird einstimmig, der letzte Absatz gegen nur wenige Stimmen angenommen.

Für die von dem Genossen Cohen angeregte Kommission werden die Genossen Ehrentei, Sonnenhmidt und Lübbe vorgeschlagen. Dem Vorschlag wird ohne Widerspruch zugestimmt. Einstimmig angenommen wird ferner folgender Antrag Graeger-Oldenburg:

1. Der A. D. G. B. und die Wa werden beauftragt, die Fraktionen des Reichstages zu ersuchen, sofort für die Schaffung eines besonderen Wuchergesetzes die erforderlichen Maßnahmen zu unternehmen, da das jetzige Strafbuch nicht ausreicht, um dem Schleichhandel und Wucher Einhalt zu gebieten;
  2. sofort Maßnahmen zu ergreifen, damit die Handels-erlaubnis neu geregelt und den heutigen Verhältnissen angepaßt wird.
- Die meisten Handelsgeschäfte werden von solchen Personen getätigt, welche keine Erlaubnis zum Handel haben und dabei keine Steuern für diese Handelsgeschäfte bezahlen. Nach kurzen Schlussworten wurde die Konferenz geschlossen.

Seeschiffsverkehr. Im Oktober gingen nach den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes im Lübecker Hafen 140 Dampfer und 71 Segler, zusammen 211 (1919: 172) Handelsschiffe mit 44 651 (32 364) Register-Tons Raumgehalt ein und 142 Dampfer und 64 Segler, zusammen 206 (155) Schiffe mit 43 130 (32 968) Register-Tons aus. Beladen waren einkommend 144 Schiffe oder 68,2 Prozent und ausgehend 125 oder 60,7 Prozent. Von den 417 Fahrten aller ein- und ausgehenden Schiffe kamen auf deutsche Häfen 50, auf russische 2, auf finnische 44, auf schwedische 164, auf norwegische 13, auf dänische 123, auf englische 6, auf niederländische 1 und auf die Hochseefischerei 9. Dem Tonnengehalt nach kamen auf das Inland 12 771 Reg.-Tons, auf Rußland 787, auf Finnland 11 604, auf Schweden 44 553, auf Norwegen 4252, auf Dänemark 11 769, auf England 506, auf Holland 715 und auf die Hochseefischerei 824. Die deutsche Flagge führten 271 Schiffe, die russische 2, die finnische 41, die schwedische 61, die norwegische 7, die dänische 33 und die englische 2.

Kinder in Not! Ein besonderer Lübecker Landesauschuh der Deutschen Kinderhilfe (Volkswirtschaft für das notleidende Kind) soll hier gegründet werden. Die Not ist groß und der Ernährungszustand Hunderttausender von Kindern sehr bedenklich. An der gemeinsamen Hilfe will Lübeck nicht vorübergehen und alle Quellen ausschöpfen suchen. Es ist nachgewiesen, daß in Preußen an Krankheiten der Atmungs- und Verdauungsorgane, Influenza, Tuberkulose, Lungentzündung im Alter von 1-15 Jahren gestorben sind: 1913: 32 250, 1918: 68 223 Kinder; allein an Influenza: 1913: 193, 1918: 22 800 Kinder; allein an Tuberkulose: 1913: 7425, 1918: 11 738 Kinder. Eine noch weit größere Zahl von Kindern ist durch jahrelange Unterernährung, mangelnde Kleidung, durch Kälte und durch gestörte Nachtruhe — wie viele Kinder haben überhaupt noch ein Bett! — rachtlich, fleh und elend geworden! Und dies alles, obwohl die Mütter bis zur äußersten Selbsterleugnung gedurft haben, um ihren Kindern das Wenige, das sie wirtschaftlich leisten konnten, zuzuwenden. Die „Deutsche Kinderhilfe“ soll die Mütter, die dem Winter mit Entsetzen entgegensehen, über das Schicksal ihrer Kinder beruhigen; sie sollen die Zuversicht haben, daß ihre Kinder nicht mehr zu hungern, nicht mehr zu frieren und nicht mehr wegen mangelnder Kleidung die Schule zu veräumen brauchen. — Helfe jeder nach besten Kräften!

Der Arbeiter-Bildungsverein beschloß sich in seiner letzten Monatsversammlung mit den vorgelegenen Veranstaltungen für das Winterhalbjahr. Ueber die schon in der letzten Verammlung angezeigten Vorträge, durch auswärtige Redner fanden wichtige Besprechungen statt. Wegen Erkrankung des Herrn Pfandhauer mußte sein Vortrag: „Natur und Kunst“ vorläufig zurückgestellt werden. Anfang Dezember hält Herr Duffer einen Vortrag mit Lichtbildern über „Jahreszeiten und Jahresflüge“. Für diesen interessanten und zeitgemäßen Vortrag wird ein reicher Besuch erwartet. Der Eintrittspreis beträgt 1 Mark. Mitallerer haben freien Eintritt. Der Lichtbildervortrag von Hel. Rotmann (Berlin) „Frühling am Neadar“, der auch im letzten Monat Dezember vorgelesen war, kann erst im Mitte Februar stattfinden. Hel. Rotmann hat diesen Vortrag in der Urania in Berlin dreimal gehalten. Nachmittags findet ein Lichtbildervortrag für Kinder statt über „Deutsche Märchen“. Auch zu diesen Vorträgen haben die Mittelschulen freien Eintritt. Mit der Direktion des anatomischen Museums und des Instituts von D. J. Müller, das sich gegenwärtig dem

Bahnhof am Kreuzweg befindet, ist folgende Vereinbarung getroffen: Die Mitglieder des Vereins zahlen für den Besuch sämtlicher Abteilungen des Museums den ermäßigten Preis von 1 Mk. Das Museum bietet wirklich sehr Gutes und gerade in der heutigen Zeit, wo wir unter den Nachwirkungen des Krieges in so mancherlei Art zu leiden haben, wird ein Besuch des Museums Aufklärung bringen. Der Mensch lerne sich selbst und die Natur erkennen! Den Mitgliedern wird gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches an der Kasse der ermäßigte Preis gewährt.

Die Gemeinnützige Brodenammlung versucht, ein großzügiges Unterstützungsunternehmen für solche Konfirmanden durchzuführen, die regelmäßig Sammelgut aufzusuchen, das ihnen außerdem nach Marktpreis bezahlt wird. Um die Unterstützung der Kinder — es handelt sich um mehr als 100 bedürftige Konfirmanden — möglichst sichtbar werden zu lassen, wird die gesamte Bevölkerung gebeten, die Brodenammlung durch Zuweisung von Altmaterial, vor allem Papier und Lumpen, zu unterstützen. Ein besonders begehrtes Sammelgut sind Kartoffelschalen. Für ausgelassene Frauenhaare können vom 8. November an wieder höhere Preise bezahlt werden. Die Brodenammlung ist bereit, das Sammelgut abzuholen (Fernruf 8718).

Amerikanischer Stachelbiermehltau. Der amerikanische Stachelbiermehltau ist im letzten Jahre sehr schlimm aufgetreten. Es ist deshalb dringend eine Bekämpfung geboten, wenn nicht im nächsten Jahre der Schaden noch größer werden soll. Während die Bekämpfung im Sommer wenig Aussicht auf Erfolg hat, ist jetzt die richtige Zeit zu Bekämpfungsmaßnahmen. Die Bäume dürfen nicht zu dicht stehen. Im Herbst sind alle kranken Pflanzenteile zu entfernen und zu verbrennen. Der Boden unter den Sträuchern ist gut umzugraben. Die gereinigten Sträucher sind durch Besprühen mit Schwefelalkalibromide, oder Kalkmilch zu desinfizieren. Schwefelalkalibromide ist durch eine Drogen- oder Samenhandlung zu beziehen. Kalkmilch durch Aufkochen von 10 Kg. Kalkstein auf 100 Liter Wasser herzustellen. Alle Arbeiten müssen sehr sorgfältig und in allen versuchten Gärten durchgeführt werden. Weitere Auskunft erteilt die Hauptstelle für Pflanzenschutz, Lübeck, Museum am Dom.

In das Genossenschaftsregister wurde am 4. November eingetragen die Firma: **Butter-Einkaufs-Genossenschaft**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Gemeinnütziger Einkauf von Butter und aller sonstigen Fette, die sich zum menschlichen Verbrauch eignen, sowie Abgabe derselben an die Genossen zum Handelsbetrieb. Vorstand: Karl Ellinger, Christian Stabel, Robert Gandel, Johannes Peterken, sämtlich Kaufleute in Lübeck. Die **Mantel- und Kleiderstoffe** ist auf weiteren 17 Stellen in Ntedt, Mönkhof, Oberbiffau, Genu, Schlutau, Dummerdorf, Hornbühl, Pöppendorf und Broden ausgebrochen.

### Angrenzende Gebiete.

Schönberg. Zur Wucherbekämpfung. Beim Landgericht in Neustrelitz und beim Amtsgericht in Schönberg sind besondere Wuchergerichte gebildet, welche Preisverbreitungsvergehen in beschleunigtem Verfahren aburteilen.

Hamburg. Stelldichein internationaler Hinder Passagiere. Als der spanische Dampfer "Abare del Norte" im heiligen Hafen die Anker gelichtet und die Troßen losgeworfen hatte, um seine Reise nach Philadelphia anzutreten, tauchten plötzlich spanische Landleute auf, die man vorher nicht gesehen hatte. Der Kapitän ließ wieder anlegen und sein Schiff untersuchen. Dabei kam ein ganzes Sammelsurium internationaler Hinder Passagiere zusammen, die man aus allen möglichen Werten, vom Ost bis zum Kohlenbunker hinab, hervorlockte. Bald schnatterte es auf Ded in allen möglichen Mundarten. Es waren vertreten: Spanien, Argentinien, Mexiko, Australien, Indien, China, Afrika, Nord-Amerika, England und nicht zuletzt Deutschland. Auf die Fragen der herbeigekommenen Hafenpolizei nach dem Wohnort, erfolgte stets ein promptes Hinüberarbeiten! Auf dem Stadthaus, wohin der Transport ging, stellte man fest, daß keiner der "Ausreißer" etwas auf dem Kerbholz hatte und ließ sie laufen. Alle erklärten: "Nun können wir noch weiter hungern. Na, das nächstemal. Meg kommen wir doch!" — Der "Pranger" beschaugte mit. Auf Verfügung des Amtsgerichts wurde durch die Polizeibehörde der "Pranger" wegen Verbreitung unzüchtiger Artikel beschlagnahmt.

Hamburg. Ein Botschreiber? Die "Hamburger Tribune" meldet: "Der verunglückte Botschreiber der A. V. D. hat den Sekretär der "Hamb. Komm. Ztg.", Dr. Karl Euler, aus der Partei ausgeschlossen, da er verlangt hatte, die Massen darüber aufzuklären, daß der Kapitalismus absolut nicht im Verfall begriffen, sondern noch durchaus gefestigt sei." Das hört sich beinahe so an, als ob der Irgende Doktor befehrt sei. Immerhin wird es interessant sein, zu hören, wozu er sich nunmehr gewandelt hat. Gibt es überhaupt noch eine Partei, in der er kein Gastspiel gegeben hat?

Kiel. Die Unruhen auf der Insel Fehmarn beschäftigten die Kieler Strafkammer. Angeklagt waren 15 Männer und 2 Frauen. Wupper wegen Aufstehens hatten die meisten der Angeklagten sich auch noch wegen Diebstahls zu verantworten. Bezüglich der Festnahme des Landjägers M. erklärten die Angeklagten, es sei ihnen in einer Versammlung mitgeteilt, Oberpräsident Kirbis habe die Abhebung des Landjägers angeordnet, und daraufhin hätten sie ihn festgenommen. Als der Vorsitzende ihnen dann aber unter Vorlegung des betreffenden Schriftstückes mitteilte, daß der Oberpräsident es gewesen sei, der ihre Festnahme angeordnet habe, erklärten sie, dann seien sie von ihren Führern betrogen worden. Das Gericht sprach zwei Angeklagte frei. Gegen die übrigen wurde auf Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 1 1/2 Jahren erkannt.

Kiel. Die Reaktion wählt. Im letzten Vierteljahr ist die Mitgliederzahl der deutschnationalen Volkspartei innerhalb des Landesverbandes Schleswig-Holstein wieder außerordentlich gestiegen. In dieser Zeit wurden allein 140 Ortsgruppen neu gegründet. — Daraus muß die Arbeiterpartei die richtige Lehre ableiten und ihre Organisation mehr als bisher stärken.

### Aus der Partei.

Die Vereinigung der sozialistischen Parteien, das ist heute für das deutsche Proletariat der wahre Weg zur Macht. So schließt Karl Rautsky seine Vorrede zur dritten Auflage seines Buches "Der Weg zur Macht", die soeben im Verlage der Buchhandlung "Vorwärts", Berlin SW. 68, zum Preise von 6 Mk. erschienen ist. Rautskys Gedanken sind durch seine neuen politischen Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution wieder zeitgemäß geworden. Er schildert in seiner neuen Vorrede den einmütigen Beifall der damaligen revolutionären Elemente in der Partei zu seinem 1909 erschienenen "Weg zur Macht" und sagt ihnen, daß die, welche seit der Revolution eine Schwenkung bei ihm entdecken wollen, keine Schrift von 1909 nicht gelesen oder nicht bearbeitet hätten. Weiter sagt er, daß bei denen, die ihm 1909 zuzubekamen und ihm heute feindlichen, die Sinnänderung liegt, indem ihre Auffassung der Revolution, wie sie im milden Wirbel der letzten Jahre gestaltet habe, unverständlich mit jener Revolutionsauffassung geworden sei, die in der vor dem Kriege in den Reihen der radikalen Marxisten allgemeine Geltung erlangt habe. Sodann legt Rautsky klar, daß schon 1909 die Idee der Diktatur einer Minderheit des Volkes abgelehnt und auch bis jetzt keine Auffassung über die demokratische Republik geändert habe. Dann erklärt uns Rautsky seine Wandlung in dem wichtigsten Punkt der heutigen praktischen Politik, der Frage der Teilnahme von Sozialisten an einer Koalitionsregierung, die schon 1909 für ihn eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips gewesen sei. Rautsky schließt damit, daß der Sozialismus nur durch die Schaffung eines hochstehenden reinen Proletariats möglich sei, wozu seine Spaltung überwunden werden müsse. Zum dritten Male feiern wir den 9. November. Es ist noch vieles zur Befreiung der Arbeiterklasse zu tun. Rautskys Buch sei jedem Proletarier damit bestens empfohlen.

### Reich und Ausland.

Sechs bewaffnete Räuber drangen in den Schlachthof in Braunschweig ein. Sie wurden dabei vom Schlachthofdirektor und mehreren seiner Leute überfallen. Es kam zu einem Feuergefecht. Die Räuber, die es anscheinend auf das Fellager abgesehen hatten, entflohen.

Ein Postenbrecher macht jetzt die Provinz Hannover umflutet. Er fährt bald in einem Wagen, bald in einem Automobil, steigt in den ersten Gasthäusern ab und ist elegant gekleidet. In der Nacht bricht er in die Posträume ein und plündert die Kassen. Dann verschwindet er. In der Zeit von fünf Tagen

hat er vier Postkassen, u. a. in Bantorf, Hann. Münden und Rehden ausgeplündert. Viele Tausend Mark sind ihm bereits in die Hände gefallen.

Verurteilte Silberstieher. Vor der Strafkammer in Saarbrücken hatten sich 10 Silberstieher zu verantworten. Die gestohlene Ware — es handelt sich um Beträge von 150 000 Mk. in Silber — wurde nach Saarbrücken geschafft. Die Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 8 Monaten bis zu einem Jahr verurteilt und zu Geldstrafen von 8000 Mk. bis 100 000 Mk.

### Vermischtes.

Eine Hygienen-Totenfeier. Ueber die Totenfeier einer Zigeunerhauptmannes wird aus Weimar berichtet: Ein seltenes Schauspiel wurde der Einwohnerschaft Weimars durch die Totenfeier des dort verunglückten Zigeunerhauptmannes und Pferdehändlers Heinrich Franke geboten. Dem in den fünfziger Jahren stehenden Mann war bei den Bemühungen, seinen Wohnwagen aus dem Schlamm herausziehen zu lassen, durch eine offene stehende Tür und das plötzliche Anziehen der Pferde ein Arm herausgerissen worden. Da das Blut nicht gestillt werden konnte, starb er an Verblutung. Die Totenfeier im Schießhaus begann mit einem furchtbaren Geschrei und Geheul der Trauernden. Sie rissen sich die Haare aus, stießen mit den Köpfen unter Klagegeschrei an Säulen und Bretterwände, warfen sich über die Leiche um. Gleichzeitig begann ein Massenverbrauch an Sekt, Kognak und Wein. Am Mittwoch mittag erfolgte die eigentliche Totenfeier. Im großen Schießhaus war die Leiche inmitten eines Haines von Blattschneepflanzen und umgeben von kostbaren Kränzen und Blumensträußen aufgebahrt. Eine stark besetzte Musikkapelle war zur Stelle. Den rein kirchlichen Teil der Feier erledigte der Pfarrer von der katholischen Gemeinde unter Mitwirkung zweier Chorknaben. Nachdem wiederholten Frauen und Mädchen die rituellen Gebete, tanzten unter Musikbegleitung am Sarge, warfen sich unter Klagegeschrei am Sarge nieder und rauchten sich die Haare. Während der ganzen mehrstündigen Zeremonie wurde tapfer Sekt aus Biergläsern getrunken, geraucht und so dem toten Hauptmann die letzte Ehre erwiesen. Nach Beendigung des Alles wurde der Sarg auf den von sechs prachtvollen Pferden gezogenen Leichenwagen gehoben und unter Vorantritt der Musikkapelle bis zum Bahnhof gebracht, von wo die Leiche zur Erdbestattung nach Leipzig übergeführt wurde.

### Devisen-Kurse.

Hamburg, 9. November.		Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.	
		9. Nov.	8. Nov.
Holland	100 fl.	2612 1/2	2572 1/2
Kopenhagen	100 Kr.	1152 1/2	1152 1/2
Stockholm	100 Kr.	1652 1/2	1612 1/2
Kristiania	100 Kr.	1182 1/2	1142 1/2
Helsingfors	100 Finn. Mk.	185	182 1/2
Schweden	100 Kr.	1832 1/2	1802 1/2
Wien (alt)	100 R.	—	—
do. (neu)	100 R.	24	24
Ungarn	100 R.	88 1/2	88
Frankreich	100 Besetas	1180	1127 1/2
London	1 £	295	290 1/2
Paris	100 Frs.	504 1/2	512 1/2
Belgien	100 Frs.	582	544 1/2
Italien	100 Lire	290	297 1/2
Russland	100 Rub.	—	—
N. York telegr. Ausg. 1 Doll.		88 1/2	87 1/2
do. briefl. Ausg. od. Scheck		88 1/2	87 1/2

### Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit	Lage	Seit.
D.							
D.							
D.							

### Ausgabe von Kochmehl.

Für die Zeit vom 13. November ab werden an die versorgungsberechtigte Bevölkerung wöchentlich **150 Gramm Kochmehl**

(Haushaltungsmehl) zum Preise von 1,70 Mk. ausgeben, und zwar gegen Abgabe des Kopfes der für die laufende Brotwoche geltenden Brotkarte.

Selbstversorger haben auf dieses Mehl keinen Anspruch.

Winnenschiffer erhalten 800 Gramm Kochmehl gegen Abgabe des Mittelstücks ihrer Lebensmittelkarte für die laufenden zwei Wochen.

Das Mehl ist von den zugelassenen Mehlhändlern zu beziehen. Winnenschiffer erhalten es in den Verkaufsstellen von Mayer, Kupferschmiedestr. 8, Schwedt, Gr. Burgstr. 29, Vob, Gr. Burgstr. 59 und Dornheim, Lademeier-Allee.

Die Mehlhändler haben die von ihnen entgegengenommenen Kopfe der Brotkarten beim die Mittelstücke der Winnenschiffer-Lebensmittelkarten gemäß der Verordnung über die Versorgung der Bäcker und Händler mit Mehl vom 6. Mai 1920 getrennt in Umschlägen von 100 und 100 Stück für sich verpackt mit einer gesonderten Mehlverbrauchsrichtweisung bei der Geschäftsstelle, Breite Str. 29, I., einzureichen.

Wer Kochmehl ohne Abgabe beim Entgegennahme von gültigen Markenabschnitten kauft oder verkauft oder dem Landesversorgungsausschuss unrichtige Angaben macht, wird nach den Bestimmungen der Reichsgerichtsverordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Lübeck, den 9. November 1920. (9284)

**Schuhmacher-Zwangs-Innung.**

Unerwartet starb unser Mitglied

**H. Meyer,**  
Braunstraße.

Ehre seinem Andenken.

Beerdigung Sonnabend 10 1/2 Uhr Burgtor-Friedhof. (9285)

1 möbl. Zimmer u. verat. 9263 Schönstr. 24a II.

Kalt neuer Anzug u. verat. 9236 Rathhofsstr. 4a.

Büro u. verat. 1 Sofa, 1 Bettsofa, 1 Tisch, 4 Stühle, 1 Tisch, Spiegel, Kamin, Feld, Dienstadtstr. 15, I. Plath. 9273

Bl. Mantel u. Samit. f. schl. Figur zu verkaufen. 9265 Engestrände 57, str.

Ungegr. ulierartig. Mantel, ca. 250 Mk. u. 1 Anzug ca. 250 Mk. für Gr. 170 u. verat. Maß. 9 Uhr nachm. u. abds. von 6-7. 9281) Miedestr. 4, I.

### Bekanntmachung.

Auf Grund des § 3 (2) der Hafens- und Revierordnung vom 17. August 1904 wird eine Prüfung für die Erlangung des Zeugnisses über die Befähigung zur Fahrt ohne Lotsen am Kreuzweg, dem 26. Novbr. 1920, vorm. 8 1/2 Uhr, im Baumamt, Mühlendam 10, stattfinden.

Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind unter Vorlegung eines kurz gefassten Lebenslaufes sowie der Befähigungszeugnisse bis zum 19. November d. J. schriftlich an das Baumamt einzureichen.

Zugelassen werden nur Reichsdeutsche, die das Fahrwasser innerhalb des letzten Jahres vor dem Zulassungsausschuss als angehende Schiffsführer mindestens einmal in jeder Richtung als Führer eines Schiffes im Bestande eines Lotien befahren haben.

Lübeck, 6. Novbr. 1920. 9270) Die Wasserbehörde.

Wer kauft ein Haus in Burg auf Fehmarn und überläßt mit seine Mietwohnung. Zu melden Rerdingstr. 48, II., rechts. Wass für Fischer oder Arbeiter zu meld. d. Sonnt. (9272)

Teilhaber (still oder tätiger) mit 40-50 000 Mk für ein rentables Geschäft. Gute Kapitalanlage für 11 Rentiers. Ang. u. E B 1055 ab die Exp. d. Bl. (9264)

Verl. a. Sonntag gold. Medaillon, Kanallandereien, Meisel, Allee, Weg. a. Bel. 9262) Fichtingstraße 24.

Anfertigung sämtl. Damen- u. Kinderarbeiten. (9274) Prülitz, Oudestr. 74

**Johannes Holst,**  
Markt 6 - Lübeck - Kohlmarkt 6

bietet die denkbar günstige Einkaufsgelegenheit für jedermann. Mengenabgabe vorbehalten.

Einige Beispiele:

- Knaben-Anzüge . . . . . von 39<sup>00</sup> an
- Herren-Anzüge . . . . . von 295<sup>00</sup> an
- Herren-Ülster . . . . . von 175<sup>00</sup> an
- Damen-Mäntel . . . . . von 88<sup>00</sup> an
- Damen-Kleider in weiß, hellblau, rosa 99<sup>50</sup>
- Damen-Kleiderröcke 185.00 110.00 38<sup>00</sup>  
78.00 59.00
- Rohnessel . . . Meter 16.95 14.95 11.95
- Hemdentuche Meter 19.95 16.95 14.95 12.95
- Strumpfwaren f. Herren, Damen, Kinder in riesenhafter Auswahl zu stadtbekanntem billigen Preisen. (9283)

In **Schuhwaren** bringt meine Spez.-Abteilung eine Auswahl, welche in Preiswürdigkeit und Qualität hervorragendes bietet.

Filzpantoffel m. dick. Filzsohle P. 18.00 14.00  
Filzpantoffel mit Ledersohle . Paar 15<sup>85</sup>

**H. Schultz**  
Johannisstr. 20  
Garantie  
9267) Wecker.  
Trauringe.  
388 u. 585 von  
M. 45. — an.  
Hilfsblätter von M. 3.50.  
Hilfsbücher von M. 8. — an.

**Pa. Ledersohlen**  
aus Treibriemen-Abfällen  
empfehlen billig

**F. Brons,**  
Lademeier-Allee 3a, I.  
Sternsprecher 466. (9259)

**Für jedes Kind**

ist es eine Kleinigkeit, jedem Schuhwerkinnut wenigen Augenblicken unvergleichlichen vornehmen Glanz zu verleihen — aber

**Ankerlin**  
muß im Hause sein

Fabrik:  
Schmitt & Förden,  
Lübeck.

Vertreter **Fr. Storm, Lübeck.**

**Von Internationaler Bibliothek**

sind wieder vorrätig:

- C. Marx, Kapital, I. Band . . . . . M. 25.—
- „ Theorien über den Mehrwert, II . . . . . 11.—
- „ Theorien über den Mehrwert, III . . . . . 10.50
- Simon, Gesundheitspflege d. Weibes . . . . . 12.—
- A. Bebel, Die Frau u. der Sozialismus . . . . . 15.—
- A. Bebel, Aus meinem Leben, 3 Bände, . . . . . 42.—
- Friedr. Engels, Der Ursprung der Familie . . . . . 10.50

**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

**Warnung.**

Vor dem Gallentor ist das Gerücht verbreitet, daß ich in der Rosenhainstraße wohnhaftes 18-jähriges Mädchen geschwängert hätte. Ich erkläre hiermit, daß ich niemals auch nur die geringste geschlechtliche Beziehung zu dem Mädchen gehabt habe. Ich habe bereits per Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet und um Einleitung eines Strafverfahrens nach § 178 RStGB Strafbuch gegen den Schwängerer gebeten.

Ich warne hiermit jeden, der sich nach dem Gerücht weiter zu erlauben, da ich mit äußerster Rücksichtlosigkeit gegen jeden einschreiten werde. Wenn ich bisher von der Einleitung eines Strafverfahrens gegen die mir bekannt gewordenen Verbreiter des Gerüchts Abstand genommen habe, so geschah es, weil diese nur in Unbedachtbarkeit oder Klatschsucht das ihnen mitgeteilte Gerücht weitergeben und noch Feststellung sich zu einer Ehrenerklärung und Gütezahlung bereit erklärten.

Diese Mühe werde ich künftig nicht mehr üben, sondern ausnahmslos jeden der gerichtlichen Bestrafung überantworten.

Lübeck, den 9. Nov. 1920.  
Hans Steudel,  
9261) Goldschmied.

Herrenfoden	Wollgemischt schwere Qual.	6 95
Herren-Saathandschuhe		8 45
Saathandschuhe	mit Lederbeflag extra stark	12 95
Herren-Unterhosen	grau Erbit, in allen Größen	9 30
Herren-Unterhosen	grau gestr., Reichsmare	19 35
Herren-Weissen	gestr., in braun und schwarz	59 50
Herren-Arbeitshosen	in allen Größen, fot. del. Streifen	49 50
Knabenhosen	mit Gelbchen 65.00, 48.50, 29.80	19 50
Hosenträger	für Herren, mit Lederstreifen	11 80
Herrenhüte	in hähb., farb. Farben	34 80
Herrenmützen	gute Stoffe, in blau mit Schirm 15.00, farbige	11 60

**Vergleichen Sie meine billigen Preise!**

**Kaufhaus Hans Struve**

Lübeck, Königstrasse 87/89, Ecke Wahntrasse.

Rendsburg  
Neumünster  
Itzehoe

9287

Damenstrümpfen	Wiener Leinen, in Wiener u. Blusenform	38.50	26 80
Damenhemden	gestr., weiß 17.80, ungebleicht	16 80	
Damenweissen	schm. gestr., 34.50, 24.50	16 50	
Dam.-Beinl.	in Darchend	39.50	33 80
Dam.-Blusen	br. Flanel, in hähb. Machart	48 50	
Fert. Bettbezüge	voll, Größe in rot-weiß u. blau-weiß #, 135.80, 180x225	118	
Fert. Bettlatten	98.50 und	69 50	

<b>Fertige Betten:</b>	
Oberbett m. 6 Pfd. Federn	382 00
Unterbett	289 00
Wühl	97 00
Matte	82 00
<b>Komplett</b>	<b>850 00</b>

**Johann Strauß kommt morgen**  
in die (9279)  
**Fledermaus**

kleinen oder größeren  
**mahag. Eckschrank**

zu kaufen gesucht.  
Adressenangabe unt.  
**W. O. an die Exp.**  
d. Btg. 9271

**Leder**  
Lederausschnitt  
Ersatzsohlen in haltbaren  
Fabrikaten  
Alle Schuhmacherartikel  
**C. Grimm Nachf.,**  
Lederhandlung u. Schäfte-  
fabrik. 9258

**Visitenkarten**  
fertigt an  
**Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

**Der größte Feind  
.. des Menschen ..**

ist der Staub. Von der Wahrheit dieses Satzes ist jede Hausfrau tief durchdrungen. Deshalb sollte sie in ihre Küche einen Rieschel-Grude-Herd stellen; er staubt nicht, rußt nicht und entwickelt keinen Rauch! Mit

**Rieschels Patent-Grudeherd**

mit Welsiebföhrung  
kann jede Hausfrau Dame bleiben, auch wenn sie ihre Küche ohne jede Hilfe besorgt. Ohne Mehrkosten liefert der Rieschel stets heißes Wasser.

Verkauf: (9269)

**Adolf Borgfeldt Lübeck**

**Fledermaus**  
8 Uhr  
(9278)

Das große  
**November-Programm**  
mit  
**Original-Familie  
Sylvester-Kremo**

**Sozialdemokratischer  
Verein Lübeck.**

**Distrikts-  
Versammlungen:**

**6. Distrikt**  
(Mühlentor)  
am Donnerstag, 11. Nov.,  
abends 7 1/2 Uhr,  
im Lokale von Herrn  
Rieckhoff, Semmerstraße.  
Tagesordnung: Vortrag  
des Gen. Alfred Dräger.

**8. u. 9. Distrikt**  
(Hollentor-Nord)  
am Donnerstag, 11. Nov.,  
abends 7 1/2 Uhr,  
im „Kongresshaus Lübeck“,  
Fackelburger Allee.  
Tagesordnung: Vortrag  
des Gen. Otto Friedrich.

**12. Distrikt**  
(Markt)  
am Freitag, 12. Novbr.,  
abends 7 1/2 Uhr,  
im Lokale von Herrn  
Groth, Kottwitzstraße.  
Tagesordnung: Vortrag  
des Gen. Rich. Böhr.  
Zahlreiches Erscheinen der  
Genossinnen und Genossen  
erwarten (9282)  
Die Distriktsführer.

**Deutscher  
Metallarbeiter-  
Verband.**

Verwaltungsstelle Lübeck.  
9290

**Berufsammlung  
der  
Bauklemmer**  
am Donnerstag, 11. November  
abends 7 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.  
Die Ortsverwaltung.

Während der  
billigen Haushalts-Tage

**KÜCHEN**

zu herabgesetzten Preisen

Statt 1850 Mk. | Statt 3000 Mk.  
jetzt **875** Mk. | jetzt **1750** Mk.

**Holstenhaus**

Lübeck. 9291

**Achtung!**  
Deutscher  
**Bauarbeiter-Verbd.**  
Zahlstelle Fackenburg.  
9289

**Hente, Mittwoch**  
abends 7 1/2 Uhr

**Wichtige Versammlung.**  
Erscheinen unbedingt notwendig.  
Der Vorstand.

**Sozialdemokr. Verein**  
Ortsgruppe Eschtopf.

**Mitglieder-  
Versammlung**

am Donnerstag, d. 11. 11.  
abends 7 1/2 Uhr,  
im Lokale „Der Kinde“  
(Saborowski).  
Tagesordnung:  
1. Aufnahme.  
2. Innere Vereinsangelegenheiten.  
3. Berichtenes.  
Zahlreiches Besuch erwartet (9277)  
Der Vorstand.

**Gute Fahrräder**  
mit neuer Bereifung.  
400-700 Mk.  
Heimstätten 41.

**Schlüssler - Einrich-  
tung u. Küche, Sanit.,  
Reiniger, Spiegel usw.  
Küchen, sehr billig.**  
9288) **Doppen 8.**

**Adlershorst. Tanz**  
Jeden Donnerstag: 906

Logensaal St. Annenstrasse,  
Montag, den 15. November  
Vortrag Dr. Erich Tschirn-Statin: (9269)  
**Der moderne Mensch und sein Gottesbegriff.**  
Karten zu 4, 3 u. 2 Mk. bei Ernst Robert, Breite Str., Behrus u. Evert, Hützstr. 47 u. a. d. Abendkasse.

Neueste  
günstiges Angebot!  
**Zeppische, Vorlagen,  
Läuferstoffe!!**  
Spinnangewebte, Gardinen  
neu eingetroffen!  
**Karl A. F. Westphal**  
Kaiserstr. 114/115, L.  
(9257)

**Dr. Georg Flatow**  
**Kommentar zum Betriebs-  
rätegesetz**  
Ist für jed. Interessent geschäftlich.  
54-74 Tausend. Broch. 3, 504 II Mk.

Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**

Für Herbergen  
**Fremden-  
Meldezettel**  
in Block.  
Zu beziehen  
**Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

**Hansa-Theater**  
Heute 7 1/2 (9292)  
9. Nov.-Ab., 5. Sp.-Ab. (S. 1)  
**Der erste Siebe  
gold'ne Zeit.**  
Oper. 1. 3 Akt. v. Gilbert.  
Donnerstag, 8 Uhr:  
**Weißeler - Gaußpiel**  
Freitag 7 1/2  
(9. Nov.-Ab., 5. Sp.-Ab.,  
Serie 1)  
Hurra, ein Kind fiel  
vom Himmel.

**Stadtheater Lübeck.**  
Mittw. B. B u. 7. D. L. O. 21.  
Dienst. 7 Uhr. (9275)  
Donnerst. B. A u. 7. B. L. O.  
Ab. 7 Uhr.  
Freitag B. B u. 7. B. u.  
Op.-Ab. 7.30  
Sonnab. B. Bu. 7. B. L. O. 21.  
D. deutsch. Kleinstadt. 7.80

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten,  
Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen.**  
Sitz Berlin. Ortsgruppe Lübeck.  
Am Freitag, dem 19. November, abends 7 1/2 Uhr,  
in der Zentral-Halle, Dankwartsgrube 20  
**Außerordentliche Generalversammlung.**  
Tagesordnung u. a.: Wänderung des § 10 unterer  
Ortsstatut.  
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das  
Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.  
NB. Untere Geschäftsstelle ist während der Winter-  
monate geöffnet abends von 6 bis 7 Uhr außer Mitt-  
wochs und Sonnabends. Jeden Mittwoch abend von  
7 bis 8 Uhr nur für Militärversorgungsgerechtigten-Angelegen-  
heiten. Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Ortsverwaltung Lübeck.

**Gemeinschaftliche  
Mitglieder-Versammlung**  
am Donnerstag, dem 11. Novbr.,  
abends 7 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50/52.  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal.  
2. Bericht vom Ortsauschuss.  
3. Die zukünftige Regelung der Beitragsleistungen.  
Die Ortsverwaltung.